Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland" werben!

„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!"

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 6. | Berlin, 6. Februar 1931. | 12. Jahrg.

Meinungsverschiedenheiten über die Osthilfe.

Der große und der kleine Plan. — Unstimmigkeiten zwischen Reich und Preußen. Wieder Notverordnung statt Gesetz?

Vor einem Jahre traten die Landeshauptleute der sechs Ostprovinzen mit ihrer Denkschrift über die wirtschaftliche und kulturelle Not des deutschen Ostens vor die Öffentlichkeit. Vor fast elf Monaten richtete Reichspräsident von Hindenburg anläßlich der Ratifizierung des Liquidationsabkommens seinen Appell an die Reichsregierung, die Hilfe für den Osten als eine ihrer vordringlichsten Aufgaben mit allem Nachdruck zu verfolgen. Vor mehr als sieben Monaten wurde das Rheinland von den letzten feindlichen Truppen geräumt, so daß Volk und Regierung in Deutschland ihre Arbeit endlich dem im Elend versinkenden Osten mit stärkstem Nachdruck hätten zuwenden können. Aber auch heute sind wir hinsichtlich der Osthilfe noch immer nicht über das Stadium der Erwägungen und Vorbereitungen hinausgekommen. Der Vollstreckungsschutz, der durch die Notverordnung eingeführt worden ist, ist am 31. Dezember abgelaufen, ohne daß die Umschuldungsaktion bisher hat in Gang gesetzt werden können. Die Erfahrungen der Kanzlerreise haben unsere alte Warnung bestätigt, daß die Hilfe für den Osten um so schwerer durchzuführen ist und um so größer Mittel erfordert, je später sie kommt. Von Besichtigungsreisen, Denkschriften und dergleichen hat man im Osten genug. In dieser Hinsicht gibt eine Entschließung des 12. Schlesischen Landbundtages vom 29. Januar die Stimmung wieder, wie sie in weiteren Kreisen der ostdeutschen, nicht nur der ländlichen Bevölkerung herrscht. In dieser Entschließung wird zum Ausdruck gebracht, daß in Zukunft weder der preußischen noch der Reichsregierung neue Wünsche und Forderungen der schlesischen Landwirtschaft vorgelegt werden, da deren Lage bei den zuständigen Stellen mehr als zur Genüge bekannt ist. Der Schlesische Landbund werde in den Verzweiflungskampf für seine Scholle eintreten; das ganze Volk aber solle wissen, wo die Schuldigen sitzen, wenn es in diesem Kampf untergeht.

Es ist länger als ein Jahr her, daß Dr. Silverberg im Reichsverband der deutschen Industrie den Plan entwickelt hat, die Osthilfe über die Aufbringungsumlage zu finanzieren. Auf Grund des Silverbergschen Vorschlages ist der Plan einer erweiterten Osthilfe von landwirtschaftlichen und industriellen Kreisen ausgearbeitet worden; dieser hat zusammen mit dem Plan einer kleinen Osthilfe auf Grund eines Referentenentwurfes dem Reichskabinett am 31. Januar zur Beratung vorgelegen.

Der Industrieführer Silverberg hat vorgeschlagen, daß die Summe, die gesetzlich die Industrie für den Dawes-Plan jährlich aufzubringen hatte, die aber seit dem Young-Plan nicht mehr an den Feindbund abgeführt wird, sondern — vorläufig bis 1932 — zur Deckung etatsmäßiger Ausgaben verwendet wird, zu zwei Dritteln der ostdeutschen Landwirtschaft, damit diese für Industrieerzeugnisse wieder aufnahmefähig wird, und zu einem Drittel dem Gewerbe und der Industrie zukommen soll.

Die beiden Pläne unterscheiden sich, was die Kreditgewährung an die Landwirtschaft anbelangt, nicht nur in der Art der Finanzierung und der Organisation, sondern auch in der Begrenzung des Gebietes grundlegend voneinander. Während die kleine Osthilfe nur den Grenzgürtel (Ostpreußen, Grenzmark, Oberschesien, Grenzgebiete Pommerns und Niederschlesiens) umfaßt, will die erweiterte Osthilfe darüber hinaus auch das restliche Pommern und Niederschlesien sowie Brandenburg und Mecklenburg berücksichtigen. Und zwar deshalb, weil ihre Befürworter mit allen Sachkundigen der Überzeugung sind, daß die Sanierung nur eines willkürlich herausgenommenen Teils des Unterstützungsgebietes in dem Zusammenbruch der übrigen, unberücksichtigt gebliebenen Teile untergehen müßte.

Für die Finanzierung der Umschuldung sieht die kleine Osthilfe etwa 300 Millionen Mark vor, von denen 200 in bar, 100 in der Form von Kreditscheinen bereitgestellt werden. Von den Barmitteln sollen Rentenbank-Kreditanstalt und Preußenkasse die 50 Millionen, das Reich den Rest und die Tilgung der Kreditscheine übernehmen. Das Reich will dabei die von ihm beizusteuernden Beträge aus der Aufbringungsumlage nehmen, die für 1930 und 1931 durch Gesetz dem Etat zugewiesen ist.

Der Plan der erweiterten Osthilfe macht dagegen die Aufbringungsumlage,



Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Dibelius †.

Zu dem Nachruf, den wir in der letzten Nummer Prof. Dibelius von der Berliner Universität (früher Dozent an der Akademie in Posen) gewidmet haben, bemerken wir ergänzend, daß der Witwe (einer Schwester des Ministerialdirigenten Daniels [früher Posen]) eine große Anzahl von Beileidsbezeugungen zugegangen sind, darunter solche des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Kultusministers Grimme.

deren Freigabe aus dem Etat er von 1932 an verlangt, zum Kernstück der Finanzierung. Es sollen aus der Aufbringung von 1932 bis 1936 im ganzen 600 Millionen Mark erhoben werden, die dem schon jetzt bei der Bank für deutsche Industrie-Obligationen in Höhe von etwa 60 Millionen Mark vorhandenen Zweckvermögen zufließen und in Höhe von 450 Millionen der Kreditgewährung an die notleidende Landwirtschaft des Ostens, in Höhe von 150 Millionen Mark der Kreditversorgung von mittleren und kleineren Gewerbebetrieben, namentlich des Ostens, dienen sollen. Die Bank als Trägerin des Zweckvermögens soll den Betrag von 450 Millionen Mark in den Jahren 1931, 1932 und 1933 in Höhe von 150 Millionen Mark vorzufinanzieren suchen und auf Grund der durch die Ausleihung erworbenen Hypothekenforderungen eine Ausgabe von je 75 Millionen Mark Obligationen in den Jahren 1931 bis 1933 vornehmen. Aus diesen Mitteln, zu denen noch 50 Millionen Mark der Rentenbank-Kreditanstalt treten, kann der Umschuldungsbedarf des erweiterten Hilfsgebiets gedeckt werden, wenn für die auf rund 300 Millionen Mark geschätzten Wechselforderungen ein Stillhalte-Konsortium gebildet wird, das die Wechsel bis zu ihrer binnen fünf Jahren zu bewirkenden Amortisation aus dem Verkehr fernhält.

Insgesamt wird auf diese Weise ein Umschuldungsbetrag von rund 1 Milliarde Mark finanziert. Diese Kreditgewährung soll aber — das ist ein besonders wichtiger Unterschied — nicht wie bei der kleinen Osthilfe einer mechanischen Umwandlung kurzfristiger in langfristige Schulden dienen, sondern organisch mit einer Entschuldungsaktion verbunden werden, indem ein Teil der von den umzuschuldenden Landwirten an das Reich zu leistenden Zahlungen jährlich zur Tilgung verwandt wird. Diese Tilgung wird in etwa 20 Jahren erreicht, obwohl die Landwirtschaft nach diesem Plan nur die mäßige Jahresrate von 4½ bis 5 Prozent des Umschuldungsbetrages leistet, da das Aufbringungsgeld praktisch unverzinslich bereitgestellt werden kann.

Schließlich gehen beide Pläne auch in der Frage der Organisation für die Durchführung der Umschuldung weit auseinander. Der Plan der kleinen Osthilfe legt die Auswahl und die Kontrolle der umzuschuldenden Betriebe ausschließlich in die Hand behördlicher Stellen, nämlich der Landstellen; dagegen haben weder die Landwirtschaft noch die geldgebenden Institute ein Einspruchsrecht. Der Plan der erweiterten Osthilfe ist dagegen bestrebt, die behördliche Mitwirkung auf ein angemessenes Maß, nämlich vor allem auf die für die Gewährung der Reichsgarantie erforderliche Prüfung zu beschränken. Die laufende Kontrolle der Betriebe dagegen soll Selbstverwaltungskörpern der Landwirtschaft übertragen werden, Arbeits- und Wiederaufbaugemeinschaften, die sich auf Veranlassung der Landwirtschaft bilden. Bei der Entscheidung über die Gewährung der Umschuldungsdarlehen wird eine angemessene Mitwirkung der geldgebenden Institute vorgesehen. Diese Gemeinschaften sollen aber ferner — und das ist ihre eigentliche Aufgabe — die Zellen für den Wiederaufbau, die Rationalisierung der Landwirtschaft des Ostens bilden. Die Landwirtschaft, die Regierung und auch die geldgebende Industrie müssen sich darüber klar sein, daß alle Hilfsaktionen umsonst sind, daß auch diese neuen Aufwendungen wirkungslos vertan sind, wenn es nicht gelingt, zugleich mit der Umschuldung die Selbsthilfe und die Initiative der fast schon in Lethargie versinkenden Landwirtschaft zu wecken. Das ist aber nicht möglich, wenn man, wie das die kleine Osthilfe will, den Landwirten jede Mitwirkung an der ganzen Aktion versagt. Auch vom politischen Standpunkt ist dieser Punkt von großer Wichtigkeit. Nur so ist es möglich, der Landwirtschaft die Größe des Opfers klarzumachen, das zu ihrer Rettung von der Nation noch einmal übernommen wird.

Die Beratung des Reichskabinetts über die Osthilfe hat zu keinem Ergebnis geführt. Die abermalige Hinauszögerung der Entscheidung scheint in erster Linie auf die Widerstände von preußischer Seite zurückzuführen zu sein. Der Haupteinwand Preußens richtet sich gegen die laufende Kontrolle der Betriebe durch die Selbstverwaltungskörper der Landwirtschaft, von denen man eine Bevorzugung des Großgrundbesitzes befürchtet. Die preußische Staatsregierung möchte sich selbst einen unmittelbaren Einfluß auf die Verwendung der Gelder sichern. Meinungsverschiedenheiten bestehen auch noch über die Beschaffung der erforderlichen finanziellen Mittel und die räumliche Ausdehnung der Osthilfe. Die preußische Staatsregierung wehrt sich gegen die Ausdehnung der Hilfsaktion, wie sie der Referentenentwurf vorsieht. Hinzu kommt noch die Frage der Bevorschussung der aus der Industriebelastung zu erwartenden Summen, die erst im Jahre 1932 zu fließen beginnen.

Der alte Gegensatz zwischen Reich und Preußen, der bei Verkündung der Notverordnung nach langwierigen Auseinandersetzungen zu einem Kompromiß, zur Einsetzung zweier Ostkommissionen geführt hat, lebt jetzt wieder auf. Das ganze unerträgliche Kulissenspiel, das schon im letzten Jahre das Scheitern der Osthilfe zur Folge gehabt hat, scheint sich jetzt zu wiederholen. Auch der Gedanke eines Junktims wird wieder erwogen, das die Hilfsbereitschaft der Parteien für den Osten vermindert, da es sie zwingt, den Haushaltsplan der Regierung anzunehmen, um dem Osten die dringliche Hilfe zu verschaffen. Es ist zwecklos, danach zu fragen, wer im letzten Jahre am Nichtzustandekommen der Osthilfe schuld war und wer jetzt die Schuld tragen würde, wenn sich dasselbe parlamentarische Schauspiel wiederholen sollte: die Parteien, die durch ihre Opposition gegen die anderen Regierungsvorlagen auch die Osthilfe zu Fall bringen, oder die Regierung, die ihren umstrittenen Haushaltsplan mit dem Osthilfegesetz durch ein Junktim verbindet, obwohl sie voraussehen kann, daß sie durch ihre Praxis die Annahme des Osthilfegesetzes verhindert. Wenn es zu einem neuen Konflikt zwischen Reichstag und Regierung kommt, in dessen Gefolge das Parlament aufgelöst oder — was wahrscheinlicher ist — auf längere Zeit in die Ferien geschickt wird, dann kann die Osthilfe wieder nur durch Notverordnung durchgeführt werden, dann muß sie notwendigerweise wieder Stückwerk bleiben, weil auf dem Wege der Notverordnung nicht die großen Mittel bereitgestellt werden können, die eingesetzt werden müssen, wenn das Hilfswerk überhaupt einen Sinn haben soll. Denn Hilfe mit beschränkten Mitteln bedeutet, daß man das Geld zum Fenster hinauswirft. Eine Milliarde, das scheint eine ungeheure Summe. Man muß aber bedenken, daß sie für einen Zeitraum von sechs Jahren bestimmt ist und daß sie zudem ein sehr erheblich erweitertes Gebiet betrifft. Wird doch nach den neuen Plänen mehr als die Hälfte des preußischen Gebietes von der Osthilfe erfaßt! Man sollte ferner nicht vergessen, daß der Osten mit den Osthilfemitteln noch lange nicht die vielen Millionen zurückvergütet erhält, die er seit Jahrzehnten für die Erziehung der Jugend aufgewendet hat, die im arbeitsfähigen Alter nach Westen abgewandert ist und ohne deren Hilfe der Westen nicht seine großartige Entwicklung hätte nehmen können.

Vor der Osthilfe-Entscheidung?

Die „Vossische Zeitung“ berichtet in Nr. 60: „Die auch am Mittwoch fortgesetzten Besprechungen über die Osthilfe scheinen zu einer mittleren Linie zu gelangen. Man dürfte sich grundsätzlich für die erweiterte Lösung entscheiden, aber die wichtigsten preußischen Bedenken berücksichtigen. — Die Befürchtung, daß die Teilnahme Dr. Silverbergs an den Beratungen zugunsten eines handelspolitischen Sondergeschäfts zwischen Industrie und Landwirtschaft in die Waagschale fallen würde, scheint fehlzugehen. Wenn die Bank für die Industrie-Obligationen eingeschaltet wird, hat auch sie naturgemäß vor allem ein Interesse an der möglichst sicheren Anlage der Gelder. So ist auch der Plan der örtlichen Haftungsverbände und der mit ihrer Hilfe ausgeübten Selbstverwaltung in den Hintergrund getreten.“

Neues Siedlungsgesetz?

Die Reichsregierung wird im Zusammenhang mit dem Osthilfegesetz dem Reichstag auch ein neues Reichssiedlungs-Gesetz vorlegen, dessen Entwurf in diesen Tagen endgültig fertiggestellt wird. Dieses Gesetz berücksichtigt besonders die Siedlung in den gefährdeten Ostgebieten, gilt aber darüber hinaus auch für das ganze Reich. In dem Reichsgesetz wird vor allem die Ansiedlung ortszugehöriger Landarbeiter zur Verhinderung der Landflucht in den Vordergrund gestellt. Man hofft, daß sich daraus kleine Bauernsiedlungen entwickeln. Auch in dieser Beziehung sind insbesondere in bezug auf das Verfahren Erleichterungen vorgesehen.

*

Keine Auflösung der Reichsbahndirektion Osten.

Eine Erklärung der Reichsbahn.

Im Preußischen Landtage wurde am 30. Januar ein Antrag des Abg. Jürgensen (Soz.) und der übrigen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, worin „Einwirkung auf das Reich gegen die geplante Schließung der Reichsbahndirektion Osten in Frankfurt a. d. O.“ gefordert wird, an den Verkehrsausschuß des Preußischen Landtages zur Beratung überwiesen.

Wie die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft dazu erklärt, hat niemals bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft auch nur eine Erwägung geschwebt, die Direktion Osten aufzulösen. Durch Zuteilung weiterer Strecken aus dem Bezirk der Direktion Halle an die Direktion Osten habe die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gerade vor wenigen Wochen gezeigt, daß sie das Gebiet der Direktion Osten sogar zu vergrößern gedenkt. Die Pläne, Reichsbahndirektionen aufzulösen, betreffen nur südwestdeutsche und norddeutsche Direktionen. Ganz Ostdeutschland wird von diesen Plänen nicht betroffen.

Oberschlesier-Dank an Curtius.

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier haben an den Reichsaußenminister Dr. Curtius folgendes Telegramm gesandt:

„Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier danken Ihnen, Herr Reichsaußenminister, für Ihre entschiedene, gradlinige und unbeugsame Vertretung der deutschen Minderheiten-Interessen in Genf. Wir danken Ihnen besonders dafür, daß Sie auf die Unmöglichkeit der jetzt bestehenden oberschlesischen Grenzen und die sich aus dieser ergebenden Politik des Deutschen Reiches und jedes deutschen Reichsaußenministers ausdrücklich hingewiesen haben.

In unwandelbarer Hoffnung auf die Wiedervereinigung Gesamt-Oberschlesiens grüßt Sie bei Ihrer Heimkehr namens der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier

Oberbürgermeister Kaschny-Ratibor, Vorsitzender.“

Polen und der Vatikan.

Polnische Regierungsblätter lassen sich aus Madrid melden, daß König Alfons dem auf der Insel Madeira weilenden Marschall Pilsudski eine Einladung an den Königshof habe zugehen lassen. Weiter ist in Neapel eine Begegnung Pilsudskis mit Mussolini geplant. Auch der Vatikan soll bei dieser Gelegenheit aufgesucht werden. Ob es Zufall ist, daß Pilsudski auf seinem „Erholungsurlaub" ausschließlich die Hauptstädte der katholischen Mächte besucht? Hofft er dort den brüchig gewordenen Glauben an die Legende von der katholischen Sendung Polens unter den Völkern des Ostens und an die Legende von der europäischen Mission Polens als Vorhut gegen die Gefahr des Bolschewismus stärken zu können? Fest steht jedenfalls, daß der Vatikan, seitdem die rechtgläubige Kirche in Rußland ihres kaiserlichen Oberhauptes und Schützers beraubt ist, eine stille, aber zielbewußte Aktivität in Osteuropa entfaltet, die in den ukrainischen und litauischen Plänen Pilsudskis ihre politische Parallele findet. Die Frage ist nur, ob Polen die katholische Kirche als Vorspann seiner Machtpolitik benutzen oder bloß ein Werkzeug der katholischen Aktion in Osteuropa sein wird.

Zurzeit ist das Verhältnis Polens zum Vatikan durch die Pazifierungsaktion in Ostgalizien getrübt. Auf die Nachricht, daß die römische Kurie die Absicht habe, einen eigenen Legaten nach Ostgalizien zu entsenden, um dort an Ort und Stelle die bekannten Vorgänge der letzten Zeit in Augenschein zu nehmen, hat Polen sehr empfindlich reagiert. Im Zusammenhang mit der „Pazifierungsaktion" in Ostgalizien hat der Kampf zwischen der Regierung und dem Oberhaupt der ukrainischen uniierten Kirche, dem Metropoliten Graf Szeptycki, gewissermaßen den Höhepunkt erreicht. Warschau hat keine Mühe gescheut, um in Rom die Abberufung Szeptyckis zu erreichen. In Warschauer Regierungskreisen war man über das Verhalten des Vatikans so ungehalten, daß man nicht abgeneigt wäre, den Botschafter beim Vatikan, Wladislaus Skrzynski, abzuberufen und zum Zeichen der Demonstration die Botschaft durch längere Zeit nicht wieder zu besetzen.

Es ist anzunehmen, daß der beabsichtigte Besuch Pilsudskis im Vatikan dazu dienen wird, diese Differenzen beizulegen.

Was in Genf unerledigt geblieben ist.

Die Klage des Prinzen Pleß.

Der Prinz von Pleß hat als Generalbevollmächtigter der Fürstlich Pleßschen Verwaltung Ende 1930 eine Eingabe an den Völkerbund gerichtet, in der er gegen die Steuerschikanen der oberschlesischen Finanzbehörden gegen die Fürstlich Pleßschen Betriebe Hilfe erbittet. Er schildert ausführlich, wie die polnischen Behörden beständig bestrebt sind, eine Entfernung der deutschen Minderheitsangehörigen aus den Betrieben und der Verwaltung von Pleß zu erreichen, um sie durch Nationalpolen zu ersetzen. Der Prinz von Pleß hat dieser Forderung nicht nachgegeben, da es seinem persönlichen Empfinden als Deutscher widerspricht, Deutsche um ihrer Nationalität willen brotlos zu machen und weil diese Forderungen außerdem im Widerspruch zur polnischen Verfassung und zum Genfer Abkommen stehen. Im Februar 1929 wurde durch die Handels- und Wirtschaftsabteilung der Kattowitzer Wojewodschaft mit Zwangsmaßnahmen gedroht. Sie erfolgten in einer Form, die mehrfach den in den Steuergesetzen vorgesehenen Rechtsgarantien widersprach. Besonders stark wurden die Pressionen im Laufe des Jahres 1930, was in der Eingabe darauf zurückgeführt wird, daß der Generalbevollmächtigte, Prinz Pleß, damals die Präsidentschaft über den Deutschen Volksbund zur Wahrung der Minderheitenrechte übernommen hatte. Es wurden die Steuerbescheide der letzten fünf Jahre zusammengefaßt, jede Stundung abgelehnt und da es nicht möglich war, die geforderten vielen Millionen aufzubringen, schritten die Finanzbehörden zur Pfändung von Betriebsmaterial und Lohngeldern. Sie seien noch weiter gegangen und hätten unter Mißbrauch der Amtsgewalt besondere Maßnahmen ergriffen, um die Kreditfähigkeit der Betriebe zu schwächen. Diese Zwangsmaßnahmen wurden auch nicht aufgehoben, nachdem das Warschauer Finanzministerium anerkannt hatte, daß die Steuerforderungen der lokalen Finanzbehörden nicht einmal annähernd in der veranlagten Höhe zu Recht beständen. Außerdem wurden der Pleßschen Verwaltung seit dem April v. J. die Lieferungsaufträge für die polnische Staatseisenbahn vertragswidrig um etwa 10 v. H. gekürzt.

Prinz Pleß beruft sich in seiner Eingabe an den Völkerbund darauf, daß in besonders dringenden Fällen die Minderheitsangehörigen laut Genfer Vertrag das Recht hätten, sich direkt an die Genfer Instanzen zu wenden. Er bittet um Intervention des Völkerbundsrates zur Einstellung der Zwangsmaßnahmen, die notwendig sei, weil die Behörden nicht aufhörten, die Entdeutschung der Betriebe zu fordern und darum die Gefahr der Anwendung neuer Zwangsmittel fortbesteht. Prinz Pleß bittet darüber hinaus den Völkerbund, festzustellen, daß jede Verwaltung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die volle Freiheit in der Auswahl ihrer Arbeiter und Angestellten habe. Falls der Völkerbundrat seine Beschwerde nicht als dringlich erklären wolle, wünschte Prinz Pleß, daß sie wenigstens sofort den Ratsmitgliedern als Material übergeben werde.

In Genf hatte Prinz Pleß eine Unterredung mit dem Kattowitzer Wojewoden Grazynski, der als Mitglied der polnischen Delegation den ganzen Verhandlungen in Genf beiwohnte. Dieser hat dem Fürsten Pleß die Zusicherung gegeben, daß vorläufig bis zum 5. Juli keine polnischen Zwangsmaßnahmen wegen der rückständigen Steuern gegen den Fürsten Pleß und die von ihm vertretenen Aktiengesellschaften eingeleitet werden sollen. Mit beiderseitiger Zustimmung ist darauf auch diese Angelegenheit bis zur Maitagung des Völkerbundsrates verschoben worden.

Die Agrarbeschwerde der deutschen Minderheit.

Das Deutschtum in Posen und Pommerellen war bei der letzten Tagung des Völkerbundsrates außer an den Beschwerden wegen des polnischen Wahlterrors vor allem an der Beschwerde über die minderheitenfeindliche Durchführung der polnischen Agrarreform interessiert. Die Beschwerde ist bereits am 10. August 1929 dem Generalsekretär des Völkerbundes überreicht worden. In Madrid 1929 hat der Völkerbund beschlossen, die Eingabe einem Dreierkomitee zur Bearbeitung zu überweisen. Das Komitee wieder hat die Klage der deutschen Minderheit der polnischen Regierung zur Stellungnahme überreicht. Im April 1930 hat der deutsche Sejmabgeordnete Graebe dem Völkerbundssekretär ergänzendes Material zu der Beschwerde von 1929 übermittelt. (Über die Entwicklung der polnischen Agrarreformgesetzgebung siehe „Ostland" 1930 Nr. 21, Seite 256).

Die Gründe der Beschwerde sind unwiderleglich: In den beiden Wojewodschaften Posen und Pommerellen sind von der für die Agrarreform in Frage kommenden Fläche 61,47 v. H. in polnischem und 38,53 v. H. in deutschem Besitz. Von 1926 bis 1930 entfallen aber von der für die Zwangsparzellierung bestimmten Fläche nur 23,01 v. H. auf polnischen, dagegen 76,99 v. H. auf deutschen Besitz. Besonders kraß tritt die unverhältnismäßig scharfe Heranziehung des deutschen Besitzes zur Zwangsparzellierung in Pommerellen und im Netzegau hervor, wo sich über die Hälfte (55 v. H.) der Gesamtfläche des Großgrundbesitzes in deutscher Hand befindet. Im Jahre 1930 wurden in Pommerellen z. B. 5455 ha deutschen und nur 657 ha polnischen Besitzes zur Zwangsaufteilung herangezogen. Während sich die deutsche Besitzfläche in Pommerellen zur polnischen also etwa wie 55 zu 45 verhält, verhält sich die aufgeteilte deutsche Fläche zur aufgeteilten polnischen wie 89,25 zu 10,75. Von 1926 bis 1930, also seit Beginn der Durchführung der polnischen Agrarreform, sind 12,24 v. H. des deutschen, aber nur 2,29 v. H. des polnischen Großgrundbesitzes in Posen und Pommerellen zwangsaufgeteilt worden.

Die Unwirtschaftlichkeit und deutschfeindliche Tendenz der polnischen Agrarreform ist nicht zu bezweifeln. Der „Manchester Guardian" hat Anfang September v. J. ein Rundschreiben des pommerellischen Wojewoden Lamot an die ihm unterstellten Bezirkslandämter veröffentlicht. In diesem Rundschreiben, das die polnische Regierung vergeblich als gefälscht hinzustellen bemüht war, werden den Bezirksämtern genaue Anweisungen darüber gegeben, wie sie bei der Aufstellung der Enteignungslisten für die Agrarreform die Entdeutschung durchzuführen haben.

Von polnischer Seite pflegt die Agrarreform als wirtschaftliche Notwendigkeit zur Befriedigung des Landhungers der Bevölkerung bezeichnet zu werden. Dieses Argument trifft wohl in Russischpolen und Galizien zu, wo in großen Landesteilen lebensunfähiger Zwergbesitz riesigem, schlecht bewirtschaftetem Latifundienbesitz gegenübersteht, trifft aber nicht zu in den ehemals preußischen Gebieten, die im allgemeinen eine gesunde Mischung der verschiedenen Besitzgrößen aufweisen und in denen der Landhunger, auf den sich die polnische Regierung beruft, ganz wesentlich von den aus dem Osten zugewanderten, landfremden Elementen hervorgerufen wird, die von den Behörden mit Vorliebe auf den zwangsparzellierten Ländereien zu günstigsten Bedingungen angesetzt werden, während die bodenständige Bevölkerung bei der Parzellierung leer ausgeht. Wie es auf dem gut bewirtschafteten deutschen Gütern nach der Aufteilung aussieht, in welch verhängnisvoller Weise sich die Agrarreform in volkswirtschaftlicher und kultureller Hinsicht in den ehemals preußischen Gebieten auswirkt, hat der „Dziennik Poznanski" am 14. Mai 1930 in offenherziger Weise beschrieben:

„Ich sah einen Abschnitt der „Wirtschaftskultur" nicht weit von hier im Posenschen. Die Restfläche des parzellierten Gutes betrug 20 Hektar, außerdem war dort ein Park, ein Schloß mit vielen Zimmern, Kühe- und Pferdeställe für mindestens 100 Stück Inventar, zwei große gemauerte Scheunen usw. Im Park sah ich eigentlich nur

noch die Reste der nicht ausgerodeten Stubben — auf den früheren Rasenflächen wachsen hier Kartoffeln und werden Gänse gehütet. Das Inventar ist im Schloß untergebracht, nicht etwa wegen Mangels an Raum, sondern „es ist einfach so bequemer und im Winter für Menschen und Tiere wärmer“. Die Einrichtung dieser Pioniere der Kultur (der aus Ostpolen herangezogenen Neusiedler) besteht aus ein paar elenden Hausgeräten, einigen schlechten Möbeln und Pritschen zum Schlafen, mit einer Strohschütte, bedeckt mit derselben schmutzigen Plane, die zum Herbeischaffen des Futters für das Vieh dient. Solcher Bilder gibt es in unserer Wojewodschaft schon viele und es werden immer mehr. Wer möchte behaupten, daß dieses gedankenloser Vandalismus ist? — Nein, bei uns heißt das: Vergeltung für die historische Ungerechtigkeit an der Gesellschaft.“

Die Danziger Frage.

Auf Wunsch des Hohen Kommissars in Danzig, des Grafen Gravina, ist bekanntlich ein Sachverständigen-Ausschuß ernannt worden, der unter dem Vorsitz eines Norwegers aus einem Engländer und einem Belgier zusammengesetzt ist. Dieses Gutachter-Komitee hat am 17. Januar die Vertreter Danzigs und Polens über die Frage der Verwendung des Danziger Hafens durch Polen angehört. Danzig war hierbei vertreten durch Staatsrat Bittner und durch Oberregierungsrat Dr. Ferber. Der seinerzeitige Hohe Kommissar in Danzig, der englische General Haking, hatte im Jahre 1921 durch eine Entscheidung die Verpflichtung für Polen festgestellt, den Danziger Hafen voll auszunutzen, ehe andere Häfen errichtet werden. Es soll nun die juristische Bedeutung dieser Entscheidung festgestellt werden. Die polnische Regierung will dieser Entscheidung des Hohen Kommissars lediglich den Wert einer Empfehlung zumessen, während Danzig nach rechtmäßiger Auffassung in der Entscheidung eine bindende Bestimmung erblickt. Die Stadt Danzig vertritt dabei den Standpunkt, daß als Gegenwert für die Abtrennung Danzigs von Deutschland im Versailler Vertrag Polen die volle Verwendung des Hafens auferlegt worden sei.

Der Wilnastreit.

Der litauisch-polnische Streit um Wilna, der schon jahrelang den Völkerbund beschäftigt, kam auch auf der letzten Ratstagung wieder zur Verhandlung. Aus dieser ging hervor, daß die Schwierigkeiten für die Wiederherstellung der Holzflößerei auf der Memel zwar nicht mehr als unüberwindlich angesehen werden, daß aber Litauen sich nach wie vor weigert, dem Wunsche Polens auf Herstellung der Eisenbahnverbindung zwischen Libau und Romny nachzukommen, weil, wie der litauische Außenminister sagte, dieser Eisenbahnverbindung eine große wirtschaftliche Bedeutung nicht mehr zukomme. Er berief sich auf die Konvention von Barcelona, die ausdrücklich vorsehe, daß ein Staat, wenn politische Gründe vorliegen, nicht gezwungen werden könne, eine frühere Eisenbahnlinie wieder in Betrieb zu setzen, und er erklärte, daß aus diesem Grunde der litauischen Regierung nicht zugemutet werden könne, zur verkehrspolitischen Erschließung eines Gebietes beizutragen, das Polen Litauen weggenommen habe. Dr. Curtius erklärte, daß er mit dem litauischen Außenminister in der Beurteilung dieser Frage übereinstimme. Es wird nun, einem Vorschlag des Berichterstatters und des Ratspräsidenten entsprechend, ein Gutachten des Haager Gerichtshofes eingeholt werden.

Ist das die „Änderung des Systems?“

„Unser nationaler Eroberungsdrang ist stärker als Genf.“

Die „Polska Zachodnia“, das Blatt des Wojewoden Grażynski, zeigt in einem Artikel, wie man sich in national-polnischen Kreisen die Änderung des in Genf verurteilten Systems denkt. In dem Artikel heißt es u. a.: „Man müsse zwar aus Staatsrücksichten die bekannte „Prozeßlust“ der deutschen Minderheit, die durch das Genfer Ergebnis noch gestiegen sei, auf ein Minimum beschränken, aber „nur Dummköpfe, Leute mit bösem Willen und geborene Kanaillen könnten“, wie es wörtlich heißt, „empfehlen, in feiger Furcht vor den Anklagen des Deutschen Volksbundes und dem Deutschen Reich die aktiven und wachsamen Träger der polnischen Arbeit in Schlesien beiseite zu schieben.“ Es sei ein Glück, daß der Wert des Pazifizierungsprogramms, wie es bereits vor dem Amtsantritt Grażynskis ausprobiert wurde, rechtzeitig erkannt worden sei. Damals (vor der Amtszeit Grażynskis) sei der Volksbund auf der ganzen Linie in der Offensive gewesen, und er habe Triumphe gefeiert. Der nationale Gedanke sei damals vollständig erkaltet gewesen, und das Polentum habe den Gnadenstoß erwartet. Das Polentum in Schlesien könne daher im Kampf gegen die revisionistischen Absichten Deutschlands solche aktiven Persönlichkeiten wie Grażynski und ebenso die Tätigkeit des Westmarkenvereins nicht entbehren. (!) Jede Form der patriotischen Arbeit sollte daher weiter wohlwollend gefördert werden. (!) In dem Artikel wird dann zum Ausdruck gebracht, daß sich der Deutsche Volksbund nicht etwa der Hoffnung hingeben solle, durch den Völkerbundsrat eine Änderung des Systems erreichen zu können. „Wenn uns auch die Genfer Gerichte nicht angenehm sind,“ so heißt es dann, „so werden wir doch die polnischen Interessen in Schlesien nicht um den Preis unseres guten Ansehens aufgeben. Wir werden die Genfer Gerichte und verschiedene andere Tribunale überleben, ebenso den perfiden Mißbrauch der Genfer Konvention, die bekanntlich in wenigen Jahren abläuft. Wir glauben, daß unser nationaler Eroberungsdrang stärker ist als vorübergehende Genfer Erfolge, deren sich der Deutsche Volksbund augenblicklich erfreut. Die Genfer Entscheidung wird unseren Fortschritt nicht behindern, vielleicht wird der Volksbund noch bedauern, daß er uns gezwungen hat, die polnische Gegenaktion noch zu verstärken.“

Deutsche Redakteure werden verurteilt.

Das Burggericht in Kattowitz verurteilte zwei Redakteure des „Oberschlesischen Kurier“ zu zwei Wochen Gefängnis oder 200 Zloty Geldstrafe wegen Beleidigung des Ersten Bürgermeisters von Kattowitz, Dr. Kocur. In einem Artikel war Dr. Kocur vorgeworfen worden, daß er alle noch beim Magistrat Kattowitz verbliebenen deutschen Beamten entlasse oder sie in untergeordnete Stellen versetze, wenn sie ihre Kinder in die deutsche Minderheitsschule schicken. Obwohl beiden Angeklagten der Wahrheitsbeweis lückenlos glückte, wurden sie verurteilt. Hervorgehoben zu werden verdient die Aussage eines Entlastungszeugen, daß der 1. Bürgermeister ihm gegenüber in seinem Dienstzimmer erklärt habe: „Es sei eine bodenlose Schweinerei, die Kinder in deutsche Schulen zu schicken.“ Die Verurteilten haben gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt.

Die Schuldigen werden belohnt.

Nach einer Meldung der „Polonia“ ist der Gemeindevorsteher von Gollassowitz, Dolezyk, zum Leiter des Bezirksamtes in Pawlowitz ernannt worden. Selbst das Korfanty-Organ findet diese Ernennung „etwas eigenartig“, da Dolezyk vor den Novemberwahlen die Stoßtrupps der Aufständischen in der Gollassowitzer Gegend organisiert habe und auch zweimal vorbestraft sei. Die Tatsache, daß Dolezyk, der die Aufständischen an jenem verhängnisvollen 22. November 1930 aus Sohrau nach der friedlichen deutschen Kolonie Gollassowitz rief und somit den ersten Anlaß zu den skandalösen Vorgängen in der Nacht vor der Senatswahl gab, im Dienstwege befördert wird, noch bevor die Akten über den Fall Gollassowitz endgültig abgeschlossen sind, trägt nicht dazu bei, die eben erst gewonnene Hoffnung der deutschen Minderheit zu kräftigen.

Die deutschen Wahlproteste werden abgelehnt!

Die Proteste der deutschen Wahlgemeinschaft gegen die Gültigkeit der Wahlen zum schlesischen Sejm sind, soweit sie die Kreise Kattowitz und Königshütte betreffen, aus formalen Gründen abgelehnt worden! Angeblich sollen die Proteste 24 Stunden zu spät eingereicht worden sein. Über den Protest wegen der Wahl im Kreise Rybnik sowie über die Wahlproteste der deutschen Wahlgemeinschaft gegen die Warschauer Sejmwahlen ist noch keine Entscheidung getroffen worden.

Die Völkerbundsbürokratie brüskiert die Minderheiten.

Die polnische Presse hebt in ihren Berichten über die Genfer Entschließung in der Minderheitenfrage lediglich die Erklärung Zaleskis hervor, ohne auf die für die künftige Minderheitenpolitik des Völkerbundes so bedeutungsvolle programmatische Erklärung Hendersons in seiner Eigenschaft als Ratspräsident hinzuweisen. Noch bedauerlicher ist es, daß auch **das Völkerbundssekretariat** in der amtlichen Übersicht der Informationsabteilung über die Ergebnisse der Ratstagung die Feststellung wegfallen läßt, wonach das Genfer Abkommen und die Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages in gröblichster Weise verletzt worden sind. **Die Erklärung Hendersons wird mit keinem Wort erwähnt.** Erst in einer zweiten Fassung hat das Völkerbundssekretariat, von dritter Seite darauf aufmerksam gemacht, den entscheidenden Hinweis des Ratsberichtes über den Bruch der Minderheitenkonvention aufgenommen. Die Behauptung, daß es sich um ein „Versehen“ gehandelt habe, ist wenig glaubhaft, aber auch dadurch bereits entkräftet, daß auch in der zweiten Fassung des Ratsberichtes die Schlußerklärung des Ratspräsidenten Henderson, auf die gerade in Minderheitenkreisen entscheidender Wert gelegt wird, in der amtlichen Übersicht unterschlagen worden ist. Da diese Übersicht des Völkerbundssekretariats in einer großen Anzahl von Exemplaren an die breiteste Öffentlichkeit, an zahlreiche Verbände, Körperschaften und Personen in den einzelnen Ländern versandt wird, fällt der befremdliche Mangel an Objektivität in der Berichterstattung des Völkerbundssekretariats besonders

ins Gewicht. Polen seinerseits wird die parteiische Haltung der Völkerbundsbürokratie als Ermunterung auffassen, die Genfer Ratsentscheidung praktisch unbeachtet zu lassen.

Curtius berichtet vor dem Auswärtigen Ausschuß über Genf.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat am Montag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Frick (Nat.-Soz.) zusammen, um sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Völkerbundsrates zu beschäftigen. Die Verhandlungen wurden durch einen eingehenden Bericht des Reichsaußenministers Dr. Curtius eingeleitet. Daran schloß sich eine Aussprache, in der die Vertreter der Opposition sich im wesentlichen darauf beschränkten, eine Reihe von Fragen an den Minister zu stellen. Die grundsätzlichen Darlegungen zur Außenpolitik will sich die Opposition für die außenpolitische Aussprache im Plenum vorbehalten, die man sofort im Reichstag beantragen will.

Von den Nationalsozialisten wurde der angekündigte Antrag auf Austritt aus dem Völkerbund eingebracht. Der Antrag besagt, daß die Regierung angesichts des völligen Versagens des Völkerbundes, vor allem in der Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten und in der Abrüstungsfrage, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund durch Kündigung seiner Mitgliedschaft vorbereiten soll. Die Kommunisten brachten einen Antrag ein, der den sofortigen Austritt aus dem Völkerbund verlangt. Dieser Antrag wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Auch der nationalsozialistische Antrag verfiel der Ablehnung, da nur die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten für den Antrag stimmten.

Zaleski konstruiert einen Erfolg.

Erst am 4. Februar hat der polnische Außenminister Zaleski den für die Öffentlichkeit bestimmten Rechenschaftsbericht über Genf abgelegt, und zwar im Auswärtigen Ausschuß des Senats. Zaleski trumpfte hier weit stärker auf als in Genf. Er sprach von einer „lügenhaften Kampagne“ eines großen Teiles der deutschen Presse gegen Polen, durch die die deutsche öffentliche Meinung zunächst zu ganz weitgehenden Forderungen aufgestachelt worden sei, die sich im Laufe des Notenwechsels und der Genfer Beratungen dann wesentlich ermäßigt hätten. (?) Die Forderungen des Deutschen Volksbundes für Oberschlesien seien bezeichnenderweise nicht so weit gegangen wie die des deutschen Völkerbundsratsmitglieds. (Das ist leider richtig. Die „Ostland“-Schriftltg.) Der Schlußbericht des Rates enthalte keine Erwähnung einer internationalen Enquetekommission, auch kein Wort über einen personalpolitischen Wechsel und schließlich auch nichts über Spezialgarantien für die Zukunft. Es seien nur Empfehlungen angenommen. **Die Schlußfolgerungen des Berichtes deckten sich in einem großen Teil mit dem, was die polnische Regierung bereits getan habe und was sie selbst für ihre internationale** Verpflichtung und für den Sinn einer vernünftigen Staatsraison halte, nämlich eine endgültige Versöhnung der loyalen Minderheit mit der Bevölkerungsmehrheit herbeizuführen. Die Aussprache im Sejm wurde auf den 10. Februar vertagt. (Stellt sich das polnische Kabinett auf den Standpunkt Zaleskis, dann wird es in der Maisitzung des Völkerbundsrates heiß hergehen. Die „Ostland“-Schriftltg.)

Die Polenbundpresse zur Völkerbundstagung.

Für die Polenbundpresse in Deutschland ist die Völkerbundstagung ein peinliches Ereignis gewesen. Sie hat es unterlassen, sich mit der deutschen Beschwerde gegen Polen sachlich auseinanderzusetzen; dafür hat sie sich, um die Aufmerksamkeit etwas von Genf abzulenken, in der gewohnten Weise über die Lage der Polen in Deutschland verbreitet. „Die Deutschen“, so schreibt z. B. der „Glos Pogranicza“ (Nr. 3 von 1931), „als Volk, das seinen eigenen Minderheiten, der polnischen, der wendischen, der dänischen, der friesischen und der litauischen Minderheit, ein solches Paradies auf Erden bereitet, daß man von einer größeren Bedrückung im 20. Jahrhundert wohl kaum sprechen kann, fühlen sich berechtigt, zum Schutz der deutschen Minderheit in Polen einzutreten und drei Noten einzureichen, die sich vor allem dadurch auszeichnen, daß sie „kolossal“ für den grünen Tisch sind.“ Das Polenblatt will mit dieser Wendung wohl andeuten, daß es den Polen ganz gleichgültig sein kann, was man in Genf, am grünen Tische, beschließt. Es verhöhnt dann die deutsche Regierung, die sich einbilde, Polen „mit einigen Dutzend Kilogramm bedruckten Papiers“ aufs Haupt schlagen zu können und die nach Genf gehe, „ohne an die Wahrheit ihrer Behauptungen zu glauben.“ Das Blatt macht sich die vom Völkerbund jetzt sehr deutlich abgelehnte These Zaleskis zu eigen, daß die Lage der deutschen Minderheit in Polen eine innere Angelegenheit des polnischen Staates sei und demzufolge gar nicht vor das Genfer Forum gehöre, hält es aber im gleichen Atemzuge für die selbstverständliche Pflicht des Völkerbundes, sich um die Lage der polnischen Minderheit in Deutschland zu kümmern; es schreibt darüber: „Wir verlangten schon wiederholt die Entsendung einer Kommission des Völkerbundes nach hier (d. h. nach Flatow!), wir wiesen Herrn Calonder darauf hin, wir forderten, uns unter den Schutz des Völkerbundes zu stellen ... in der festen Überzeugung, daß ein solches Institut wie der Völkerbund, dazu berufen ist, ... uns die Sicherung der Lage der Minderheiten zu gewährleisten.“ Und dann regt sich der „Glos Pogranicza“ darüber auf, daß dem Deutschen Reiche nicht ein Minderheitenschutzvertrag auferlegt worden ist, wie ihn Polen und die anderen Staaten des zwischeneuropäischen Kleinvölkergürtels annehmen mußten, um von den alliierten Mächten als souveräne Staaten anerkannt zu werden. „Es muß festgestellt werden, daß es eine Schande des 20. Jahrhunderts (!) ist, daß ein Staat, der seine gänze Geschichte seit tausend Jahren auf die Bedrückung seiner Minderheiten, auf Gewalttaten und auf die Übermacht stützt, wie Deutschland, von den anderen Völkern der Welt geduldet werden kann, ohne daß ihm Garantieverpflichtungen auf dem Gebiete der Minderheiten auferlegt werden, wie sie heute eine ganze Reihe europäischer Staaten freiwillig (!?) in der Erkenntnis der ungeheuer großen Bedeutung dieser Angelegenheit übernommen hat .... Wir sprechen die unerschütterliche Hoffnung aus, daß sich der Völkerbund in die moralische Schande des bisherigen Zustandes Einblick verschaffen und Deutschland zur Annahme der Garantieverpflichtung und zur Ausdehnung des Minderheitenvertrages auf das deutsche Reichsgebiet zwingen wird.“ — Auch hier versucht man die Sachlage wieder in echt polnischer Weise zu verwirren, indem man die Dinge auf den Kopf stellt!

*

Deutscher Wahlerfolg in Ostoberschlesien.

Am 1. Februar fand in Rosdzin-Schoppinitz bei Kattowitz nach der Eingemeindung die Wahl zu der neuen Gemeindevertretung statt, die für die Deutschen einen nennenswerten Erfolg brachte. Von den zwölf aufgestellten Parteilisten hat die Deutsche Wahlgemeinschaft die größte Stimmenzahl zu verzeichnen. Es erhielt die Deutsche Wahlgemeinschaft 3220 Stimmen und acht Mandate. Die Korfanty-Partei erhielt sieben Mandate, während sich die Regierungspartei mit drei Mandaten begnügen mußte. Die Arbeitslosen und die Polnischen Sozialisten haben je zwei Mandate erhalten. Die Deutsche Wahlgemeinschaft hat gegenüber den Sejmwahlen vom November 1930 560 Stimmen gewonnen und ihren Bestand gegenüber den Gemeindewahlen von 1929 voll und ganz behauptet.

Weitere Proteste gegen die Polengreuel

haben im ganzen Reiche in großer Zahl stattgefunden, insbesondere auch von Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes. Aus der großen Zahl der darüber vorliegenden Berichte heben wir die folgenden hervor:

Zu einem Massenprotest gegen die Polengreuel und die brutale Entrechtung der deutschen Minderheit jenseits der weißroten Grenzpfähle hatte die **Ortsgruppe Crossen des Deutschen Ostbundes** die Crossener Einwohnerschaft für Sonntag den 25. Januar eingeladen, Die Veranstaltung, der sich auch die Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Auslande angeschlossen hatte, fand am Nachmittag im großen Saal des Restaurants „Karlshof“ statt und erfreute sich eines außerordentlich guten Besuches. Nicht zuletzt wurde bezweckt, der Verbundenheit des brandenburgischen Ostens mit den gesamten Ostgebieten Ausdruck zu geben. Eine besondere Note erhielt die Versammlung durch die Anwesenheit des Bundespräsidenten Ginschel-Berlin, der sich in fast zweistündigem Vortrage mit dem Problem „Kampf um den Lebensraum zwischen Deutschen und Polentum“ befaßte. Von der Bühne des Saales her grüßte die Ostmärker aus der Mitte der zahlreichen vertrauten Wappenbilder ihrer Heimat die Büste Bismarcks, womit gleichmäßig angedeutet wurde, daß man an diesem Tage auch des 60jährigen Bestehens des Reiches nicht vergessen wollte. Als Vorsitzender der einheimischen Ostbund-Organisation richtete Bezirksdirektor Baller herzliche Grußworte an die vielköpfige Versammlung und gab der besonderen Freude über die Anwesenheit des verehrten Bundespräsidenten Ginschel Ausdruck. Weiter dankte er Bürgermeister Küntzel und einigen anderen Ehrengästen für das durch ihr Kommen bewiesene Interesse. Bürgermeister Küntzel hieß den Ostbundpräsidenten namens der Stadtverwaltung in einem Ort, der auch zum deutschen Osten gehöre, herzlich willkommen. Pfarrer Schultz überbrachte Grüße der evangelischen Kirchengemeinde Crossen, des Gustav-Adolf-Zweigvereins und des Evangelischen Bundes. Studienrat Beheim-Schwarzbach beschäftigte sich dann in einer kurzen Ansprache mit den besonderen Gedanken, die aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages in allen Ostmärkern lebendig werden. Er betonte, daß mit allen moralischen Mitteln der Kampf um die Wiederherstellung der Gerechtigkeit für das deutsche Volk, und zwar auch für seine Glieder außerhalb der Staatsgrenzen, geführt werden müsse.

Alsdann nahm Präsident Ginschel zu seinem Vortrag das Wort. Er stellte an die Spitze seiner Darlegungen die Feststellung, daß das Ostproblem nicht nur die deutsche Außen- und Innenpolitik beherrsche, sondern daß es sich um eine überragende Frage der europäischen, ja der Weltpolitik handele. Als für den Augenblick aktuellste Frage warf der Redner sodann diese auf: „Was ist in Genf erreicht worden?“ Er gab die Antwort dahin, daß von der sogenannten Genfer Atmosphäre aus gesehen, ein beachtlicher Erfolg des Reichsaußenministers Dr. Curtius nicht zu leugnen sei, während andererseits zugegeben

werden müsse, daß vom ostmärkischen Standpunkte aus das Ergebnis bei weitem nicht befriedigen könne. Angesichts der vorhandenen Bindungen müsse es als ein Fortschritt bezeichnet werden, wenn sich der Völkerbundsrat diesmal ganz offen gegen Polen ausgesprochen und ihm seine schärfste Mißbilligung zum Ausdruck gebracht habe, wenn auch leider keine andere Ratsmacht offen für die vergewaltigte deutsche Minderheit in Polen eingetreten sei. Die Garantien gegen eine Wiederholung der unglaublichen Bedrückungsakte gegenüber der deutschen Minderheit seien recht wenig befriedigend. Aus diesem Grunde seien auch die Kundgebungen des Ostbundes notwendig. Es scheine, als ob ein langsamer Wandel in Genf sich vollziehe. Das sei darauf zurückzuführen, daß die deutsche Sache eine gute, gerechte und klare sei. In der Maisitzung des Völkerbundrates werde es sich zeigen, ob Polen die deutschen Forderungen erfülle. Darauf müsse bestanden werden.

Erschütternd wirkten die vielen Einzelheiten, die der Redner dann über die Gewalttaten berichtete, welche die Deutschen in Ostoberschlesien, Polen und Pommerellen in der Zeit des Wahlkampfes über sich ergehen lassen mußten und denen in gleicher schändlicher Weise auch die ukrainischen Bevölkerungsschichten innerhalb Polens ausgesetzt waren. Man legte es darauf an, den Deutschen den Mut zu nehmen, sich zu ihrem Deutschtum zu bekennen. Das ist Gott sei Dank vielfach nicht gelungen. Aber es ist bezeichnend für den ungeheuren polnischen Terror, daß die Deutschen nur fünf Mandate statt der bisherigen 19 erhielten. Bundespräsident Ginschel erinnerte weiter daran, daß nach dem im Versailler Vertrage an Deutschland vollzogenen Raube der deutschen Ostgebiete rund eine Million deutscher Menschen aus ihrer Heimat vertrieben wurden und welchem unsagbaren Elend diese Flüchtlinge in der Folge ausgeliefert wurden. Weiter wies er eindringlich auf die Gefahrenlage hin, die durch die neue Grenzziehung entstanden sei. Während einerseits das deutsche Volk sein Unterliegen im Osten nur als eine vorübergehende Entscheidung ansehen wolle und könne, sei Polen mit seinem Raube noch nicht zufrieden. Der Drang des Polentums gehe zur Oder, ja sogar bis zur Elbe. Aber nicht nur direkt vom Polentum her, auch aus künftig möglichen Entwicklungen der weltpolitischen Lage könnten den deutschen Ostgebieten fürchterliche Bedrohungen erwachsen. Gefahrenquellen schlimmster Art seien auch in dem Gburtenrückgang und in der Entvölkerung des deutschen Ostens durch Abwanderung zu sehen, da die Polen mit aller Macht nachdrängten und bemüht seien, überall geschlossene Minderheitengruppen zu bilden. Die Ostfrage sei die Zukunftsfrage Deutschlands. An ihrer Lösung so oder so werde das deutsche Volk genesen oder zugrunde gehen. Deshalb rufe der Bund: „Osthilfe ist not!“ Und er suche seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß man sich von dem Fehler freimache, das Betreuungsgebiet der Osthilfe zu eng zu begrenzen. Auch die mittlere Ostmark, auch der Kreis Crossen müßten berücksichtigt werden, damit die neue Ostmark in breitem Ausmaße befähigt werde, einen starken und zuverlässigen Schutzwall gen Osten zu bilden. Der Kampf des Ostbundes gelte zunächst und vor allem der Wiederherstellung des deutschen Ostens. Mit gespanntester Anteilnahme war die Versammlung den packenden Ausführungen gefolgt und die herzlichen Dankesworte, die der Vorsitzende Baller an den Bundespräsidenten richtete, waren allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen. Wie ein Gelübde, im Sinne der Mahnungen des Redners zu wirken, brauste das Deutschlandlied auf. Einstimmige Annahme fand dann noch eine der Versammlung unterbreitete Protestentschließung. — Am Ausgang des Saales wurde eine Tellersammlung für die „Heimatspende des Deutschen Ostbundes“ veranstaltet. — Das „Crossener Tageblatt“ bringt einen spaltenlangen Bericht über die Kundgebung, die es als höchst eindrucksvoll bezeichnet.

Die **Ortsgruppe Stralsund** hat in ihrer Hauptversammlung am 13. Januar folgende Entschließung angenommen: „Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Massenentrechtung der Deutschen in Polen und von den blutigen Drangsalierungen der Deutschen in Oberschlesien durch die polnischen Aufständischenverbände unter Führung des Wojewoden Graczynski. Die aktenmäßig festgelegten Terrorakte der Polen bezeichnet auch sie als einen Hohn auf Recht und Gerechtigkeit. Sie legt hiergegen den schärfsten Protest ein und erwartet von der deutschen Reichsregierung und dem Völkerbund mannhaftes Eintreten für die geknechteten Deutschen in Polen und für deutsche Belange. Dazu gehört, daß Polen die Schäden wiedergutzumachen hat, die deutschen Menschen an Leib und Gut angetan worden sind, daß die letzten Wahlen für Sejm und Senat für ungültig erklärt werden und eine Neuwahl stattfindet unter Bedingungen, die eines Kulturstaates würdig sind. Die Versammlung fordert von der deutschen Regierung einen starken Grenzschutz und Bereitstellung von Waffen und Ausrüstung für diesen, um dem Streben der Polen, sich deutscher Gebiete an Pregel, an der Oder und Neiße gewaltsam oder durch Handstreich zu bemächtigen, wirksam entgegentreten zu können. Sie erwartet unbedingte Verhinderung der polnischen Spionage, Beaufsichtigung der Minderheitenschulen und Verhinderung von weiteren Minderheitenschulgründungen solange, bis Polen unsere Minderheiten ebenso gut behandelt wie wir die polnischen hier. Zum Zweck der Befriedung Europas fordert sie die Rückgliederung der uns geraubten Ostlande.“ Der Vorstand: Wenski, 1. Vorsitzender; Sill, 1. Schriftführer; Hoffmann, 1. Kassierer.

Die Ortsgruppe Stettin faßte in ihrer Januarversammlung nach einem Vortrage des zweiten Vorsitzenden Altenburg und allgemeiner Aussprache folgende Entschließung:

„Die im Deutschen Ostbund, Ortsgruppe Stettin, zusammengeschlossenen verdrängten Ostmärker haben mit Entrüstung und Besorgnis von den Unterdrückungen des Deutschtums in den uns entrissenen Gebieten und von den immer mehr hervortretenden Bestrebungen der Polen, bis zur Oder vorzudringen, Kenntnis genommen. Sie bitten das Bundespräsidium, bei den Regierungen und Parlamenten Preußens und des Reiches für folgende Forderungen einzutreten:

1. Starke Fürsorge für die Deutschen in den uns entrissenen Gebieten. 2. Sicherung der Ostgrenze in wirtschaftlicher, kultureller und militärischer Hinsicht. 3. Gleiche Behandlung der Polen in Deutschland, wie sie unsere Landsleute in der alten Heimat erfahren. 4. Unablässiges Bemühen, im Osten die Grenzen von 1914 wiederherzustellen (nicht der Weichselkorridor allein. das ganze entrissene Gebiet muß zum Reich zurück). 5. Alle uns jetzt zulässigen Wehrmöglichkeiten auszunutzen. 6. Solange andere Staaten, insbesondere die slawischen Randstaaten im Osten, nicht abrüsten, Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und Schaffung eines wehrhaften deutschen Volkes.

Zu den Punkten 5 und 6 ist noch besonders auszuführen: Der tausendjährige Kampf um den deutschen Osten hat uns den Einfluß der deutschen Macht oder Ohnmacht auf die immer umstrittenen deutschen Ostgebiete und auf die Grenzziehung im Osten zur Genüge bewiesen. **Mit der Forderung nach einem wehrhaften deutschen Volk** ist nicht der Wunsch nach einem Kriege verbunden; sondern es soll lediglich ein Schutz für unsere Grenzen und ein Rückhalt für die Deutschen jenseits der Grenzen geschaffen werden. Sonst sind wir Deutschen, das Volk der Mitte, jedem Angriff eines kleinen Staates wehrlos ausgeliefert“.

Ebenso sei folgende, uns aus **Münster i. Westf.** mitgeteilte, Herrn Außenminister Dr. Curtius übermittelte Entschließung wiedergegeben: „Die vereinigten heimattreuen Ostverbände Münster i. W. — Oberschlesier, Ostmärker, Ost- und Westpreußen, sowie Ostbund — erheben mit der Stadt Münster, vertreten durch die Herren Oberbürgermeister D. h. c. Sperlich und Stadtverordnetenvorsteher Peus, gegen die unerhörte Entrechtung und Vergewaltigung der deutschen Volksgenossen in Polen schärfsten Protest. Wir können nicht länger dazu stillschweigen, daß Polen die durch den Versailler Vertrag festgelegten Bestimmungen zum Schutze der deutschen Minderheiten in gröblichster Weise verletzt. Der Terror bei den letzten Wahlen hat gezeigt, daß die Ausrottungspolitik gegenüber dem Deutschtum von der polnischen Regierung nicht nur geduldet, sondern sogar gefördert wird. Wir bitten Sie aufs dringlichste, **mit allen Mitteln durchzusetzen, daß der Gewaltpolitik des polnischen Staates ein für allemal ein Ende gemacht wird** und die deutsche Bevölkerung endlich in den vollen Genuß der ihnen durch den internationalen Vertrag garantierten Rechte gelangt. Wir erklären ausdrücklich, daß wir hinter jeder energischen Maßnahme Ew. Exzellenz stehen werden.“

Der Kampf um die Revision der Diktate.

Geld gegen Revision.

Während der Genfer Tagung tauchten Gerüchte auf, daß Dr. Curtius mit Briand über eine französische Anleihe an Deutschland verhandelt habe. Die finanziellen Voraussetzungen für den Abschluß einer Anleihe sind an sich auf beiden Seiten gegeben: In Deutschland fehlt dem Staat und der Wirtschaft das Geld an allen Ecken und Enden. Auf der andern Seite steht Frankreich, das im Laufe der Jahre einen Goldschatz von 9 Milliarden Mark aufgespeichert hat und nun dieses brachliegende Kapital dem Wirtschaftsprozeß wieder zuzuführen wünscht, weil es sich andernfalls mit seiner unökonomischen Thesaurierungspolitik selbst wirtschaftlichen Schaden zufügen würde. Was liegt — so gesehen — also näher, als daß das in seinem Golde erstickende Frankreich dem kapitalhungrigen Deutschland eine Anleihe gibt? In der französischen Öffentlichkeit wird der Anleihegedanke seit einiger Zeit eifrig erörtert. Die Blätter von rechts bis links stimmen im allgemeinen darin überein, daß Frankreich nichts Besseres tun könne, als seinen Überfluß den notleidenden Ländern zur Verfügung zu stellen. Eine Kreditgewährung an Deutschland sei zwar vielleicht mit einem beträchtlichen Risiko verbunden; dieses Risiko werde aber durch den doppelten Vorteil aufgehoben, daß Frankreich mit einer Anleihe an Deutschland nicht nur zur „Wiederherstellung des zerstörten wirtschaftlichen Gleichgewichts“, sondern auch zu einer „Festigung des Friedens“ beitrage, da, wie das Blatt Tardieus, der „Petit Bleu“, sich ausdrückt, „durch eine wesentliche Hilfe in Deutschland den Parteigängern der Revanche der Boden entzogen“ werden könnte.

In diesem Satz ist angedeutet, daß Frankreich mit seiner Anleihepolitik nicht bloß eine „Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes“, nicht bloß eine wirtschaftliche Verwertung seiner brachliegenden Milliarden herbeiführen will, sondern daß es, wenn es als Kreditgeber auftritt, auch politische Ziele verfolgt. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß politische Gedanken das Primäre bei den französischen Anleiheabsichten

sind. Frankreich macht sich, was ja ganz natürlich ist, die wirtschaftliche Notlage der andern Länder, nicht nur Deutschlands, zunutze, um diese in seine politische Gefolgschaft zu zwingen. Wir haben während der Verhandlungen über den Youngplan erfahren, wie Frankreich durch die Zurückziehung seiner Kredite einen scharfen Druck auf die deutsche Wirtschaft ausgeübt hat, um Deutschlands Widerstand gegen das Tributdiktat zu brechen. Eine neue Anleihe würde Deutschland einer noch größeren Gefährdung in dieser Hinsicht aussetzen. Erinnern wir uns nun daran, daß das politische Hauptziel Frankreichs die Aufrechterhaltung des Versailler Zwangssystems ist, daß auch das „pazifistische" Kabinett Laval in seiner Regierungserklärung deutlich genug die Ablehnung jeder Revision als Leitmotiv aufgestellt hat, so werden wir erkennen, daß mit einer Anleihe, die Paris uns zu geben bereit ist, vor allem die deutsche Revisionspolitik geschwächt und lahmgelegt werden soll. Es ist dabei gar nicht notwendig, daß als politisches Entgelt für die wirtschaftliche Hilfe der deutsche Außenminister — wie die deutsche Rechtspresse annimmt — den Franzosen die Zusicherung gibt, die nationale Opposition in Deutschland niederzukämpfen und auf die Revisionspolitik zu verzichten, also hinter den Kulissen einem Ostlocarno zuzustimmen — eine solche Zusicherung ist gar nicht notwendig; denn jede deutsche Regierung wird auch ohnehin in dem gleichen Maße, in dem die wirtschaftliche Verschuldung Deutschlands an Frankreich wächst, ihre nationalpolitische Handlungsfreiheit gegenüber dem revisionsfeindlichen Nachbarn verlieren. Gänzlich untragbar muß die Aufnahme kurzfristiger Anleihen erscheinen, weil diese dem französischen Kreditgeber bei jedem auftauchenden politischen Konflikt die Möglichkeit geben, Deutschland durch plötzliche Kündigung zum Nachgeben zu zwingen. Sehr fraglich ist es aber auch, ob beim Abschluß langfristiger Anleihen die Sicherung der politischen Handlungsfreiheit Deutschlands erreicht werden kann. Im Interesse der Revision, und zwar der Tribut- wie der Grenzrevision, ohne die es keinen dauernden Aufstieg Deutschlands geben kann, müssen wir fordern, daß sich die Reichsregierung nicht in noch stärkere Abhängigkeit von Frankreich begibt. Wenn man aber wirklich glaubt, ohne neue Auslandsanleihen nicht auskommen zu können, wenn man wirklich noch hofft, mit einer Kapitalzufuhr der deutschen Wirtschaft und den deutschen Finanzen endgültig aufhelfen zu können, dann sollte der Kredit zum mindesten bei einer Stelle aufgenommen werden, mit der hinsichtlich der elementarsten Forderungen der deutschen Politik weniger weitgehende und weniger grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, als es mit Frankreich der Fall ist.

Kabinett Laval: Keine Revision!

Die Regierungserklärung des neuen französischen Kabinetts Laval enthält in ihrem ziemlich allgemein gehaltenen außenpolitischen Abschnitt zwei Redewendungen, die bei näherem Zusehen den Standpunkt des Kabinetts Laval klar umreißen und die jede nur mögliche Illusion im Keime ersticken. Wenn man diese beiden Wendungen aus dem „pazifistischen" Bekenntnis Lavals herausschält, ergeben sich folgende Grundgedanken: 1. Frankreich ist nur bereit mit denjenigen Staaten zusammenzuarbeiten, die die Achtung vor den Friedensverträgen zum Leitsatz ihrer Politik machen. Darin liegt eine neue, unmißverständliche Absage an den Revisionsgedanken. 2. Frankreich bekennt sich unumwunden zum Primat der „Sicherheit und Aufrechterhaltung der mit befreundeten Staaten bereits angeknüpften Beziehungen, d. h. zur Bündnispolitik", das heißt Sicherheit und Militärabkommen, das alte Lied aus dem Munde des neuen Mannes. Kein Entgegenkommen in der Revisionsfrage. Das war nicht anders zu erwarten.

Von den Polen in Deutschland.

Neuregelung der Sachsengängerei in Deutschland.

Im Reichsrat wurde ein Vorschlag des Reichsarbeitsministers beraten, der eine Neuregelung bei der Zulassung ausländischer Landarbeiter für das Jahr 1931 in der Richtung enthält, daß eine starke Herabsetzung gegenüber dem bisherigen Zustand herbeigeführt wird. Der Vorschlag sucht die Herabsetzung dadurch zu erreichen, daß die Beschäftigung ausländischer Landarbeiter an folgende Voraussetzungen geknüpft wird: 1. Es werden nur Betriebe berücksichtigt, die auch bisher schon Ausländer beschäftigt haben. 2. Es kommen nur Betriebe in Betracht, die Zuckerrüben anbauen und bei denen die Zuckerrübenanbaufläche mindestens 25 Morgen beträgt. 3. 80 bis 85 v. H. der Ausländer müssen weibliche Arbeitskräfte sein. 4. Die Zahl der für den einzelnen Betrieb im Jahre 1931 zu genehmigenden Ausländer darf höchstens zwei Drittel der im Jahre 1930 genehmigten Zahl betragen. — Der Inhalt dieses Vorschlages soll nur Richtlinien darstellen, nach denen grundsätzlich verfahren werden soll. Preußen beantragte eine Entschließung, des Inhalts, daß die Reichsanstalt für die Arbeitsvermittlung ihre Bemühungen, für die Landwirtschaft geeignete Arbeitskräfte an Stelle der Ausländer zu vermitteln, mit allem Nachdruck fortsetzen und besonderen Wert darauf legen soll, daß die Wünsche und Bedürfnisse der Landwirtschaft auch bei Einzelnachweisen von Arbeitskräften geprüft werden und daß die Anstalt angesichts der großen Arbeitslosigkeit gegen Arbeitslose, die sich ohne berechtigten Grund weigern, die ihnen zugewiesene Arbeit anzunehmen, mit Entziehung der Unterstützung vorgehen soll. — Sowohl der Vorschlag des Ministers wie die preußische Entschließung wurden vom Plenum des Reichsrats angenommen.

Eine „Bank Ludowy" für Bütow.

Nachdem die Versuche der Polenanhänger, in Bernsdorf im Kreise Bütow eine polnische Bank zu gründen, gescheitert waren, wird jetzt in der Kreisstadt Bütow selbst eine solche Bank gegründet werden. Im Hause Schulstraße 19 ist von den Polen eine Wohnung gemietet worden, in der demnächst eine Filiale der Flatower Bank Ludowy (Volksbank) eröffnet werden soll.

Siedlungs- und Wohnungswesen.

Eine öffentliche Werbeversammlung für das Siedlungswesen

veranstaltete der Jungdeutsche Orden am 3. Februar, abends 8½ Uhr, in den Kammersälen in Berlin. Die Leitung des Jungdeutschen Ordens hatte uns mitgeteilt, daß hauptsächlich auch die Ostsiedlung behandelt werden solle, und hatte deshalb gebeten, daß Vertreter unserer Bundesleitung an dieser Kundgebung teilnehmen und das Wort ergreifen möchten, um der Notwendigkeit einer großzügigen Ostsiedlung in der Öffentlichkeit Ausdruck zu geben. Wie die Ostbundleitung jede Möglichkeit wahrnimmt, in Wort und Schrift auch im Rahmen anderer Organisationen, gleichviel welcher Richtung sie angehören, über die Ostfragen weitere Kreise aufzuklären und für den Osten zu werben, so hat sie auch diese Einladung angenommen; es nahmen die Bundespräsidenten Ginschel und Geheimrat Schmid an der Kundgebung teil, die einen so zahlreichen Besuch aufwies, daß der große Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Nachdem der Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Prütz (Volksnationale Reichsvereinigung) in etwa zweistündigem eindrucksvollem Vortrag die Probleme der Arbeitslosigkeit, der Industrie- und Landwirtschaftskrisis, der Siedlung und des Arbeitsdienstes besprochen hatte, zum Teil in scharfer kritischer Weise, beleuchtete Geheimrat Schmid die Siedlungsfrage vom Standpunkte des Deutschen Ostbundes aus, der die Dinge im einzelnen vielfach anders betrachtet, und ging kurz ein auf die eigene praktische Siedlungstätigkeit des Deutschen Ostbundes und die Grundsätze, nach denen sie auf der Grundlage landsmannschaftlicher Kameradschaft gemeinnützig geleistet wird, wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die bei jeder Siedlungstätigkeit zu überwinden sind, und betonte, daß — abgesehen von Einzelfällen — im großen und ganzen die Durchführung der Siedlung ohne Eigenkapital des Siedlers nicht möglich ist, erörterte im Zusammenhang mit der Not der Landwirtschaft die Rentabilitätsfrage, hob hervor, daß die Entfachung einer großzügigen West-Ostbewegung und Festhaltung der Zuwandernden im Osten eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist, wobei er auf die bewährte Tätigkeit der früheren Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen Bezug nahm, und betonte, daß der Ostbund bereit sei zur Zusammenarbeit mit allen, die ehrlich und praktisch mit ihm das Goethesche Sehnsuchtswort wahrmachen helfen wollen: „Mit freiem Volk auf freiem Grund zu stehen." Nachdem für die Interessengemeinschaft der Kleinsiedlervereinigungen ihr Vorsitzender, Herr Gohr, gesprochen hatte, der sich namentlich gegen die Schikanen der Behörden, insbesondere der Stadt Berlin, gegen die Kleinsiedler wandte, und Kreisbaumeister Ueckerseifer vom Verband Deutscher Landeskulturgenossenschaften betont hatte, er als Mitteldeutscher habe früher der Ostsiedlung skeptisch gegenübergestanden, sei aber, seit er sich mit den Dingen näher befaßt habe, zu einem begeisterten Anhänger des Gedankens der Ostsiedlung geworden, betonte Präsident Ginschel noch einmal, daß es sich bei der Siedlungsfrage für das deutsche Volk um Leben oder Sterben handele. Gesunde Bevölkerungs- und gesunde Siedlungspolitik seien entscheidend für das Schicksal vor allem des deutschen Ostens, darüber hinaus aber des ganzen Vaterlandes. In kurzen Worten entrollte er vor der Versammlung die ganze Größe des Ostproblems, warnte vor Illusionen, betonte aber, daß alles, was zum Ziele führen könne, deutsche Menschen im Osten anzusiedeln und festzuhalten, getan werden müsse. Er schloß mit den Worten: „Und wenn das Reich noch so wenig Geld hat, dafür, daß das Volk gesund wird und bleibt, und daß unser Osten deutsch bleibt, muß unbedingt Geld vorhanden sein. Dafür zu allererst! Siedlung ist not, Ostsiedlung und Osthilfe aber am nötigsten!" — Zum Schluß hielt der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Herr Arthur Mahraun, noch eine hochpolitische Ansprache, in der er sich für die sogenannte Landnahmebewegung einsetzte, d. h. für eine Ostsiedlung, bei der es dafür besonders geeigneten deutschen Menschen möglich gemacht werden soll, sich im Osten als Siedler niederzulassen, auch wenn sie über Eigenkapital nicht verfügen. Mit den mit großem Temperament vorgetragenen politischen Ausführungen, die sich teilweise auch gegen die Regierung und andere Parteien richteten, hat der überparteiliche Deutsche Ostbund natürlich nichts zu tun. Seine Vertreter haben auch in dieser Versammlung rein sachlich lediglich die Angelegenheiten des Ostens und des Ostbundes wahrgenommen.

Aufwertung deutscher Vermögen in Polen.

Das deutsch-polnische Aufwertungsabkommen vom 5. Juli 1928 ist vom Sejm in Warschau am 26. Januar in zweiter und dritter Lesung angenommen worden.

· **Die Beratungsstelle des Deutschen Ostbundes für die Aufwertung deutscher Vermögen in Polen.** v. L.

Bundesnachrichten.

Ein Vortrag über die Tagung des Völkerbundsrates in Genf

wird in einer Versammlung gehalten, die Freitag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, in Berlin in den Germania-Festsälen (Chausseestraße 110) stattfindet und zu dem der Ostausschuß (Bund deutscher Ostverbände) einlädt. Die Mitglieder des Ostbundes sind vom Ostausschuß zur Teilnahme eingeladen. Nach der Begrüßung der Versammlung durch den Vorsitzenden des Ostausschusses, Herrn Grafen Baudissin, wird ein Vortrag über die Vorgänge in Genf gehalten werden, worauf eine Entschließung angenommen werden soll. Die organisatorische Leitung haben die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier übernommen. Der Eintritt ist frei. Zahlreicher Besuch durch unsere Mitglieder ist erwünscht.

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-West hatte sich bei ihren letzten Veranstaltungen, die im Viktoria-Garten (Wilhelmsaue) stattfanden, eines guten Besuches zu erfreuen. In der Monatsversammlung im Oktober sprach der Vorsitzende, Herr Kattau (Dessauer Str. 8) eingehend über den Stand der Ostbundbewegung, die bisherige Tätigkeit und die neuen Aufgaben des Ostbundes. Er gab dabei die letzten Rundschreiben der Bundesleitung bekannt und ging im Anschluß näher auf die Neuaufrollung der Entschädigungsfrage und die Frage der Rückzahlung der Emigrantensteuer ein. Die Mitglieder nahmen von diesen Aufklärungen mit lebhaftem Interesse Kenntnis. — In der Novemberversammlung hielt Herr Rechtsanwalt Dr. Hartwig einen interessanten Vortrag über Reiseerlebnisse in Brasilien. Außerdem wurden geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Es wurden die unverschämten und verlogenen Angriffe der polnischen Presse auf das Deutschtum gegeißelt und über deutsche Kulturpflege gesprochen. — Im Dezember fand die übliche Weihnachtsbescherung statt, die einen sehr schönen, stimmungsvollen Verlauf nahm und an der auch Bundespräsident Ginschel mit Gattin teilnahm. Die alle Herzen bewegende Festrede hielt Herr Pastor Gürtler. Die Ortsgruppe konnte in der üblichen Weise 60 Kindern eine Einbescherung bereiten, während etwa 30 alte Mitglieder durch Weihnachtsspenden, die man ihnen in der Wohnung überreichte, erfreut wurden.

Die **Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf** hat am 10. Januar 1931 die Feier ihres 10jährigen Bestehens im Bierhaus „Zum Steinacker“ in Berlin N, Seestraße 44, begangen. Die Feier wurde nach einigen Musikstücken durch einen Prolog, gesprochen von dem Jungmann Herrn Nippken eingeleitet, wonach an Stelle des durch seinen Beruf behinderten 1. Vorsitzenden, Herrn Bach, der 2. Vorsitzende, Herr Böhmer, die Erschienenen, insbesondere den Landesverbandsvorsitzenden Herrn Vater und den Verbandskassierer Herrn Eichler sowie Vertreter der Jugendgruppen Nord, Süd und Oberschöneweide begrüßte. Herr Vater ging in der Festrede auf die Entstehung, die Arbeit und die Ziele des Deutschen Ostbundes ein. Er übermittelte die Grüße des Bundespräsidiums und des Landesverbandes Berlin-Brandenburg und überreichte an mehrere langjährige Mitglieder die Treunadel des Deutschen Ostbundes, wobei er insbesondere den Mitbegründer der Ortsgruppe, Herrn Wilhelm Kattke, beglückwünschte. Die Mitglieder blieben bis zum frühen Morgen zusammen. — Die Generalversammlung findet am 12. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Gahde, Reinickendorf-Ost, Residenz-, Ecke Amendestraße, statt. J.

Die **Ortsgruppe Berlin-Hermsdorf** hielt am 5. Januar ihre gut besuchte Hauptversammlung ab, in der nach der Begrüßung des Herrn Bundespräsidenten Geheimrat Schmid und der anderen Teilnehmer durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Rittmeister a. D. Blecker-Kohlsaat, nach Erledigung der üblichen Formalitäten, der Aufnahme drei neuer Mitglieder und dem Bericht über die gut verlaufene Weihnachtsfeier der Kassenführer, Herr Rux, über die Kassenangelegenheiten des abgelaufenen Vereinsjahres berichtete. Entlastung wurde auf Antrag des des Kassenprüfers, Herrn Lumma, erteilt. Den Jahresbericht erstattete der Schriftführer, Herr Röhling. Bei der dann abgehaltenen Vorstandswahl wurde der Vorstand mit einigen Veränderungen einstimmig auf 2 Jahre wiedergewählt: 1. Vors. Rittm. a. D. Blecker-Kohlsaat, 2. Vors. Justiz-Obers. Schröder, 1. Schriftf. Stadtoberinsp. Röhling, 2. Schriftf. Obers. Bottke, 1. Kass. Lehrer Rux, 2. Kass. Kaufm. Neugebauer, 1. Beis. Studienrat Döhring, 2. Beis. Stadtoberinsp. Lukat, 3. Beis. Eisenb.-Obers. Petereit, 1. Kassenpr. Direktor Lumma, 2. Kassenpr. Studienrat Döhring, Arbeitsausschuß Frau Schröder, Frau Becker, Lehrer Heinrichsohn, Kaufm. Neugebauer, Kaufm. Beck. Nach Erledigung noch verschiedener Fragen hielt dann Herr Studienrat Döhring einen Vortrag: „Allgemeiner Überblick über die Kolonisation des Ostens“ von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart. Die Versammlung dankte dem Redner durch wohlverdienten Beifall.

Ortsgruppe Potsdam und Umgegend. Im Eingange der Versammlung vom 13. Januar gab der 1. Vorsitzende, Herr Lehrer Blum, eine Rückschau auf das Jahr 1930 und eine Ausschau auf das Jahr 1931. Unser Wunsch, daß das Jahr 1930 ein Ostjahr werden möge, sei leider nur zum Teil in Erfüllung gegangen. Er sprach über die Rheinlandräumung, die noch nicht zu einer vollen Befreiung der Rheinlande geführt habe; über das Scheitern der von Rauscher verfolgten Verständigungspolitik gegenüber Polen, über Liquidationsabkommen und Handelsvertrag, über den polnischen Wahlterror gegen die deutsche Minderheit in Polen, über die Revisionsfrage und die Osthilfeaktion. Die Lage des deutschen Volkes zu Beginn des neuen Jahres sei sehr ernst, aber doch nicht hoffnungslos. Uns fehle noch die entschlossene Frömmigkeit, uns fehlt das persönliche Beispiel schlichter Lebensführung, freudiger Opfermut, willigen Respektes vor anderen. Nicht untätige Entsagung und Zersetzung, sondern allein der unbeugsame Wille zur Tat werde zu Aufstieg und Freiheit führen. Der Deutsche Ostbund werde hier an seinem Teile mitzuarbeiten haben. Nach Verlesung der Geschäftsberichte der einzelnen Arbeitsgruppen, nach Erstattung des Berichtes über die Rechnungsprüfung der Vereinskasse wurde zu den Wahlen geschritten. Einstimmig wurde der in seiner Arbeit unermüdliche bewährte 1. Vorsitzende, Herr Lehrer Blum, wiedergewählt, ebenso der 2. Vorsitzende, Herr Lehrer Schieferdecker. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden auch nach kurzem Wahlgang gleichfalls wiedergewählt: die Herren Quade, Haudan, Schulz, Richard, und Schulz, Emil, ferner die Damen: Frau Schieferdecker und Frl. Neumann, die Fahnenträger: die Herren Schöpp und Minnich; dem wiedergewählten Vergnügungsausschuß gehören die Herren Schieferdecker, Jenske, Steuck, Bernsdorf und Grammel jun. an. Zum Schluß der Sitzung widmete der 1. Vorsitzende dem am 18. Januar d. J. sich zum 60. Male jährenden Reichsgründungstages Worte des Gedenkens. Eine Zeit ungeahnten Aufstiegs sei diesem Reichsgründungstage gefolgt. Als wir dann im Kampfe gegen eine Welt von Feinden zusammenbrachen, auch da habe noch das Band des Deutschen Reiches gehalten. Das Reich Bismarcks habe sich behauptet, sei allen Stürmen zum Trotz geeint geblieben als Kern für ein kommendes, alle Deutschen einigendes Reich. So erinnere uns der 18. Januar an Deutschlands Glanz und Macht vor dem Weltkriege, und er mahne uns, mit allen Mitteln unsere Freiheit wieder zu erringen. Wir aber, vor allem wir Heimatlosen, geloben, uns für diese Ziele energisch einzusetzen. Mit dem Gesang des Deutschlandliedes wurde dieses Versprechen durch die Versammlung bekräftigt.

Landesverband Niederschlesien.

Ortsgruppe Winzig. Die Januarversammlung, die mit einer Weihnachtsfeier verbunden war, war recht gut besucht. Bei hellem Lichterglanz erklangen die Weihnachtslieder, die schönen Weihnachtsgedichte, die Musikvorträge, und kleine Überraschungen für jung und alt zeigten sich auf der Bühne. Es war für reichlich Abwechslung gesorgt. Die Jahreswende zeigte, daß ein Rückgang in der Mitgliederzahl nicht eingetreten ist. Die Jahreshauptversammlung ist für Anfang Februar 1931 in Aussicht genommen.

Landesverband Vorpommern.

Die Ortsgruppe Demmin hielt am 7. Januar ihre sehr gut besuchte Monatsversammlung im Bürgergarten ab. Der Vorsitzende, Kreisbaumeister Steffen, mahnte in seiner Begrüßungsansprache, auch im neuen Jahr dem Ostbund die Treue zu halten, erinnerte an die Not der Deutschen im abgetretenen Osten und stellte dem polnischen Terror das Entgegenkommen unserer Regierung besonders in der Minderheitsschulfrage gegenüber. Wirkliche Stoßkraft könne der Ostbund nur haben, wenn er Mittel dazu habe, und diese könne er nur bekommen, wenn er Mitglieder in großer Zahl besitze. Jeder Ostmärker, der glaube, aus Sparsamkeitsrücksichten dem Ostbund fern bleiben zu müssen, versündige sich schwer an seiner alten Heimat und belohne die Treue der in Polen lebenden Deutschen mit Untreue. Es wurde sodann das am Sonntag den 1. Februar stattfindende 10jährige Stiftungsfest besprochen, das inzwischen stattgefunden hat und eine eindrucksvolle Kundgebung geworden ist. Gemeinsamer Kirchgang; überaus zahlreich besuchte machtvolle Kundgebung in der „Reichspost“ mit Bundespräsident Ginschel-Berlin als Redner; am gleichen Tage fand in Demmin die Jahrestagung der Vertreter des Landesverbandes Vorpommern des Ostbundes statt. Wir berichten über diese Veranstaltung in der nächsten Nummer.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Die **Ortsgruppe Leipzig** und unser Landesverband haben einen schweren Verlust erlitten durch das plötzliche Ableben des Fabrikdirektors Alfred Lehmann (früher Kulturingenieur in Posen). Als langjähriges Vorstandsmitglied unserer Ortsgruppe und Berater in Entschädigungsfragen und als stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes hat er sich um die Ostbundsache große Verdienste erworben.

Er ist, erst 55 Jahre alt, einem Schlaganfall erlegen. Alle, die den liebenswürdigen Menschen mit seiner vornehmen Gesinnung und seiner steten Hilfsbereitschaft gekannt haben, werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Landesverband für beide Mecklenburg.

Die Ortsgruppe Rostock hatte sich am 27. Dezember sehr zahlreich zu einer schlichten Weihnachtsfeier in ihrem Vereinslokal, Mahn & Ohlerichs Keller, zusammengefunden. Dem Mitgliede Herrn Helmuth Riedel war es auch diesmal gelungen, den Abend recht vielseitig zu gestalten. Nach dem Vorspruch, sehr gut gesprochen von der Tochter des 1. Vorsitzenden, Herrn Virus, begrüßte dieser die Landsleute und Gäste zum 10. Weihnachtsfest der Ortsgruppe, gedachte der schweren Zeiten, die die zurückgebliebenen Deutschen unter polnischer Herrschaft durchmachen müssen und schloß mit einem ostmärkischen Treuegelöbnis. Im Anschluß daran wurden 11 Mitgliedern durch den Vorsitzenden Ostbund-Treunadeln überreicht, während Herrn Virus für seine dem Ostbunde geleisteten Dienste vom 2. Vorsitzenden, Herrn Emil Schmidt, die ihm von der Bundesleitung verliehene silberne Ehrennadel übergeben und ihm namens der Ortsgruppe warm gedankt wurde. Den Herren Wüsteney und Levetzow wurde je eine Ehrenurkunde ausgehändigt. Herr Tessenow, der auch zu den Ausgezeichneten gehörte, schilderte ergreifend die Nöte und Schwierigkeiten bei der Gründung der hiesigen Ortsgruppe und gedachte weiter des 27. Dezember 1919, des Umsturztages in Posen. Dann folgte eine sehr wirksame Aufführung des Weihnachtsspiels „Waldmüllers Weihnachten". Auf vielseitigen Wunsch wurde die von Frau Virus zum 10. Stiftungsfest (siehe „Ostland" Nr. 52) eingeübte Gavotte, von zwei Kindern der Ortsgruppe getanzt, wiederholt. Zwei Knaben, Söhne von Mitgliedern, trugen Musikstücke vor. Alle Darbietungen fanden wohlverdienten Beifall. Dann teilte der Weihnachtsmann, von den Kindern mit großem Jubel empfangen, seine Gaben aus, worauf der Tanz in seine Rechte trat.

Landesverband Wasserkante.

Ortsgruppe Kiel. (Verein der Posener.) Beim 10. Gründungsfest im Dezember, das Frl. Weichert mit einem Vorspruch einleitete, wies der 1. Vorsitzende, Konrektor Bronsch, in seiner Begrüßungsansprache auf die Kämpfe um die Ostmark, auf die Eroberungslust der Polen hin, denen die Elbe das erträumte Grenzgebiet ist und die wirtschaftliche und politische Unentbehrlichkeit der Ostgebiete für Deutschland hin. Wenn man den alten Ruf aufnehme, „Nach Ostland wollen wir reiten", so solle dies kein kriegerischer Ruf sein, jedoch müsse die Wiedergewinnung der Ostgebiete das vordringliche Ziel einer Organisation wie des Ostbundes sein, der die Zusammenfassung des gesamten Deutschtums ohne Unterschied der Partei und des Bekenntnisses zu einer großen Schicksalsgemeinschaft bezwecke. Mit einem Totengedenken, einem Hoch auf den Schirmherrn des Deutschen Ostbundes und dem Deutschlandlied schloß die Ansprache. Nach Musikvorträgen, wie solche auch die Feier eingeleitet hatten, sang Frl. Hildegard Ostrowicz das Gebet von Franz Lüdtke und das Posener Heimatlied von Kuschmann, wofür die Anwesenden mit lebhaftem Beifall dankten. Die Festrede hielt darauf Professor Dr. Waschinski, der die Kämpfe um die Ostmark in den verschiedenen Jahrhunderten schilderte. Der neuen schleswig-holsteinischen Heimat galt das Hoch des Redners, worauf anschließend das Schleswig-Holstein-Lied gesungen wurde. Dem Vorsitzenden Bronsch und den Vorstandsmitgliedern Baum und Hinz wurde die Ehrenurkunde des Ostbundes überreicht. Es folgte die Aufführung des vaterländischen Festspiels „Leewer dod as Sklav" unter Mitwirkung der Kieler Sportvereinigung Holstein. Ein Ball beschloß hernach das Fest.

*

Aus befreundeten Verbänden.

Geschichte des 4. Westpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 140 von Oberst a. D. v. Mülmann, Berlin 1930. Der Verein der Offiziere des ehemaligen 4. Westpreußischen Infanterie-Regiments 140, Standort Hohensalza, hat eine Geschichte seines Regiments, verfaßt von Oberst a. D. v. Mülmann, herausgegeben. Das Regiment wurde bei der Heeresvermehrung 1. Februar 1890 aus Teilen der Regimenter Nr. 13, 39 und 129 gebildet und hat trotz seiner Jugend infolge ruhmreicher Beteiligung im Weltkriege eine inhaltsreiche Geschichte zu verzeichnen. Bei dem Einmarsch in Belgien erlitt das Regiment in der Stadt Aerschot am 19. August 1914 die Feuertaufe durch einen hinterlistigen Feuerüberfall belgischer Zivilisten und als solche verkleidete Soldaten. Der Brigade-Kommandeur, Oberst Stenger, war unter Zeichen äußerster Freundlichkeit im Hause des Bürgermeisters einquartiert und dort beim Abendessen erschossen worden. Die unausbleiblichen Repressalien sind dann in der Welt als deutsche Greueltaten gebrandmarkt worden. Hervorzuheben ist noch, wie im Jahre 1918 ein Angriff infolge Verrats übergelaufener polnischer Regimentsangehöriger scheiterte und wie es dem Regiment nach der Rückkehr nach Hohensalza nicht vergönnt war, seinen Willen, die Stadt gegen die Aufständischen zu halten, durchzuführen. Wir glauben, daß allen Regimentsangehörigen und auch anderen Ostmärkern das Buch, das 8,50 RM. kostet und beim 140er Bund in Berlin NO. 55, Goldaper Str. 5, II, erworben werden kann, zu empfehlen ist. S.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Prinz Wilhelm zu Stolberg-Wernigerode †.

Am 23. Januar ist im Posener Diakonissenhause ein Vertreter des deutschen Großgrundbesitzes in der früheren Provinz Posen, Prinz Wilhelm zu Stolberg-Wernigerode, gestorben. Er war nach dem Kriege auf die Stolbergsche Begüterung im Kreise Koschmin zurückgekehrt und hat sie mit Hingabe und Erfolg geleitet. In mannigfachen Ehrenämtern hat er seine Dienste dem Deutschtum gewidmet. Sein allzu frühes Hinscheiden wird von allen deutschen Kreisen im abgetretenen Gebiet bedauert.

Die Feier des 60. Geburtstages von Exzellenz Schnee

am 4. Februar stellte eine außerordentliche Ehrung für den Gefeierten dar. Im Kaisersaal des Rheingold hatten sich nahezu 400 Personen eingefunden, darunter Reichskanzler a. D. Marx, Reichsaußenminister Dr. Curtius, sowie eine große Anzahl anderer jetziger und früherer Reichs- und Länder-Minister, ferner viele Parlamentarier, Vertreter der Wissenschaft und der großen Verbände, insbesondere auch des Ausschusses Deutscher Verbände, der Deutschen Kolonialgesellschaft und des Bundes der Auslandsdeutschen, an deren Spitze der seit 1924 dem Reichstage angehörige Gouverneur a. D. Schnee steht. Das Präsidium des Deutschen Ostbundes war durch die Herren Bundespräsident Ginschel und Geheimrat Schmid vertreten. Die Herren Reichsaußenminister Dr. Curtius, Reichswehrminister Geßler, Rechtsanwalt Dingeldey, der neue Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Universitätsprofessor Geheimrat Oncken und Staatssekretär a. D. Hamm würdigten die großen Verdienste des Gefeierten als des letzten Gouverneurs von Deutsch-Afrika, der unbesiegt nach Kriegsende von dort heimgekehrt ist, als Führer in der Bekämpfung der Kriegsschuldlüge, als Vorkämpfer für die Wiedererlangung deutscher Kolonien und als Förderer der Interessen der Deutschen im Auslande. Gouverneur Schnee dankte in herzlichen Worten und gab unter stürmischem allseitigen Beifall dem Wunsche Ausdruck, daß immer mehr die großen vaterländischen Fragen aus dem Streit der Parteien ausgeschieden und als gemeinsame Angelegenheiten von allen Parteien einmütig behandelt werden möchten.

Justizrat Landsberg 70 Jahre alt.

Eines der bekanntesten und angesehensten Mitglieder der deutschen Anwaltschaft, Justizrat Adolf Landsberg in Naumburg (Saale) vollendete am 5. Februar sein siebzigstes Lebensjahr. Er war bis 1919 Rechtsanwalt und Notar in seiner Vaterstadt Posen und stand in vorderster Reihe der ostdeutschen Juristen. Trotz seiner umfangreichen Praxis hat er zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten größeren und kleineren Umfangs verfaßt; vor allem aber war er Begründer und Herausgeber der 20 Jahre lang von ihm geleiteten „Juristischen Monatsschrift für Posen, Ost- und Westpreußen und Pommern", die auch ein Opfer des Krieges und des polnischen Umsturzes geworden ist. Er hatte diese Zeitschrift zu einem Sammelpunkt der Rechtspraxis auszugestalten verstanden. Die in seiner Zeitschrift veröffentlichten Aufsätze und Urteile fanden weit über ihr örtliches Verbreitungsgebiet hinaus Beachtung. Die Anwaltschaft hat ihn öfter zum Sprecher bei wichtigen Fragen ernannt, so vor allem auf dem Anwaltstag 1911 in Würzburg, wo er eine außerordentlich wirkungsvolle Rede gegen den numerus clausus hielt, und 1925 in Berlin; hier sprach er zur Zivilprozeßreform. In dem von ihm im Jahre 1905 begründeten Anwaltsverein der Provinz Posen führte er den Vorsitz bis zu seiner Übersiedlung nach Naumburg im Jahre 1919. Bei der Feier des 75jährigen Bestehens des Friedrich Wilhelm-Gymnasiums in Posen, die er mit dem verstorbenen Justizrat de Viseur vorbereitet hatte, hielt er die Festrede. Der Jubilar ist als Anwalt am Oberlandesgericht in Naumburg in unverminderter Arbeitskraft tätig. Seine Frau Elli, geb. Mokrauer, ist eine Nichte des bekannten Posener Geheimrats Pauly.

Brauereibesitzer Geheimer Kommerzienrat Haase †.

Einer der bekanntesten Industriellen Schlesiens, der Geheime Kommerzienrat Haase in Breslau, ist am 15. Januar im Alter von 71 Jahren nach längerem Leiden gestorben. Haase hat seine ursprünglich verhältnismäßig kleine Brauerei zu großer Blüte gebracht. Das Haasebier ist nicht nur in ganz Schlesien ein ganz außerordentlich beliebtes Getränk, sondern hat sich auch in ganz Deutschland, ja selbst im Auslande Freunde erworben und ging früher namentlich auch viel in die deutschen Kolonien. Haase spielte im Brauereigewerbe eine große Rolle und erfreute sich hohen Ansehens. Er war beispielsweise auch Mitglied der Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei A.-G. in Berlin, die ihn in ihrem Nachruf als „einen anerkannten Führer der deutschen Brauindustrie" bezeichnet, seine menschlichen Eigenschaften lobt, insbesondere „seine Liebenswürdigkeit und stete Hilfsbereitschaft und die Zuverlässigkeit seiner Gesinnung". Auch auf anderen Gebieten ist Geheimrat Haase tätig gewesen. So hat er beispielsweise ein nicht unbedeutendes Verdienst an der Entwicklung Altbeides. Aus einer

schlichten Sommerfrische zu einem in großem Stil ausgebauten Herz-Heilbad, dessen großer Sprudel, der eine Sehenswürdigkeit ist, von einer Gesellschaft erbohrt wurde, in der Kommerzienrat Haase die Führung hatte. In Breslau war er eine volkstümliche Erscheinung. Er übte dort eine Wohltätigkeit großen Stils und war für die Förderung kultureller Einrichtungen immer zu haben. Seinen Arbeitern und Angestellten gegenüber war er ein wohlwollender, von echt sozialem Geist erfüllter Arbeitgeber. Die Provinz Schlesien und mit ihr der ganze Osten konnten stolz sein auf diesen erfolgreichen, zielbewußten Wirtschaftsführer.

Realschuldirektor i. R. Paul Hoeven 70 Jahr alt.

Ein bekannter Posener Schulmann, Paul Hoeven, langjähriger Direktor der Höheren Mädchenschule in Krotoschin, die im Jahre 1919 in eine Realschule für Mädchen umgewandelt wurde, begeht am 10. Februar seinen 70. Geburtstag in Münster i. W., Finkenstr. 22. Direktor Hoeven, ein geborener Posener, war von den Jahren 1881 bis 1897 im Schuldienst seiner Heimatstadt Posen tätig. Im Jahre 1895—96 ging er auf Grund eines Staatsstipendiums auf die Universität nach Paris zwecks Studiums der französischen Sprache. Im Oktober 1897 wurde er als Direktor an die Höhere Mädchenschule nach Krotoschin, Provinz Posen, berufen, wo er bis zum Jahre 1920 wirkte, mehrere Jahre lang dem Stadtverordnetenkollegium, dem Gemeindekirchenrat und der Kreissynode angehörte. Nach dem Umsturz zog er nach Jauer i. Schl., dort war er Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Posener Ostmarkenvereins; 1922 wurde er in den Schuldienst der Stadt Görlitz berufen, wo er bis zur Erreichung der Altersgrenze tätig war.



*

Bestätigung. Als Superintendent in Deutsch Krone bestätigt wurde Pfarrer Rothländer aus Rhinow bei Rathenow.

Geboren: Eine Tochter dem Pfarrer Johannes Nebenhäuser in Zachasberg.

Verlobt: Heinz Fenner in Osowo-Stare, Kr. Kosten, mit Frl. Elisabeth Scholtz, Tochter des Rittergutsbesitzers Erwin Sch. in Dalabuszki im Kreise Kosten; Hildegard Michel, Tochter des Händlers Bernhard M. (fr. Ostrowo) mit Kaufmann Curt Oestreich in Berlin.

Vermählt: Prokurist Erwin Baumann, Dessau, Mendelsohnstraße 8, mit Frl. Hildegard Richter, Oldenburg, früher beide in Graudenz; Bäckermeister Otto Hellwig in Oldenburg, Cloppenburgerstr. 125, früher Bromberg, mit Frl. Johanna Scharfenort, Oldenburg, früher Graudenz.

Silberhochzeit: Am 10. 1. Herr Gustav Wende und Frau Emma, geb. Schulz, Kreisobersekretär in Sagan (früher Schrimm).

Goldene Hochzeit: Der frühere Landwirt, jetzt Rentenempfänger Ferdinand Schulz und seine Ehefrau Anna, geb. Rohde, in Berlin, Kolonie der Gartenfreunde, Post Berlin-Borsigwalde, Frühlingsweg Nr. 26 (früher Warlubien, Kr. Schwetz) am 12. 2. (das Jubelpaar ist 73 J. alt); Kleinrentner August Nehring und Frau Julianne, geb. Radtke, in Schubben, Kr. Köslin, am 10. 2.; Bahnwärter i. R. Friedrich Scholz, geb. 6. 8. 1855 zu Janischewo, Kr. Kröben, Prov. Posen, und seine Ehefrau Ottilie, geb. Gebauer, geb. 29. 9. 1859 in Rothendorf, Kr. Pleschen, bis zu ihrer Abwanderung in Bojanowo, Kr. Rawitsch, wohnhaft, Scholz wurde am 1. 1. 31 zum 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Polkwitz gewählt.

Bejahrte Ostmärker: Maurermeister Hermann Ullmann in Halle a. S., Wielandstr. 9, früher in Murowana-Goslin, am 3. 1. 73 J.; früherer Mühlenbesitzer Eduard Barth, früher im Kreise Hohensalza, am 10. 2. 82 J. (B. machte den Feldzug 1870/71 mit und stand vor 60 Jahren auch vor Paris, er wohnt jetzt bei seinem Schwiegersohn, dem Schriftführer der Ortsgruppe Frankfurt (Oder), August Würtz, Wißmannstr. 4); Ernestine Steinke, Mutter des Lehrers Heinrich Steinke, in Sagan, früher Czarnikau a. Netze, am 7. 2. 91 J.; Josef Bukofzer in Bad Polzin, früher Krojanke und Zempelburg, am 4. 2. 70 J.; Rechnungsrat Graumann in Parchwitz b. Liegnitz, früher Samter, 15. 2. 70 J. (G. stand 30 Jahre im Steuerverwaltungsdienst im Posenschen; er war im Ehrenamt u. a. Direktor des Darlehnsvereins in Samter; Vorstandsmitglied der Kreissparkasse, Mitglied der Kreis-Einkommensteuer-Veranlagungskommission, Stadtverordneter und Kirchen- und Schulvorstandsmitglied; G. ist ein leidenschaftlicher Jäger, der bei der Jagdausstellung Liegnitz 1927 zu den Preisrichtern gehörte); Frau Marie Scholz in Gelsenkirchen, Viktoriastr. 47, früher in Posen-Stadt, am 27. 1. 73 J.; Stadtrat a. D. Hermann Welke in Schneidemühl, Neuer Markt 7, am 4. 1. 80 J.

Gestorben: Rentner Johann Knitter in Grutschno, der 27 Jahre der dortigen evangelischen Kirchenvertretung und 9 Jahre lang dem Gemeindekirchenrat angehörte, am 20. 1.; Konrektor i. R. Hermann Hantke in Schwedt a. d. O., am 31. 12. 30; Oberstudienrat a. D. Prof. Dr. Karl Franke in Frankfurt a. d. O. am 18. 1.; Frau Emma Heldt in Frankfurt a. d. O. (früher langj. Inhaberin der dortigen Papierhandlung Berliner Str. 42) am 15. 1., 65 J.; Bäckermeister-Witwe Marie Strödter, geb. Guhl, in Frankfurt a. d. O. am 18. 1., 76 J.; Mühlenbesitzer Emil Pfeffermann in Platkow am 17. 1.; Oberregierungs- und Forstrat i. R. Geheimrat Bernhard Böhm in Königsberg, Lektor der dortigen Universität, Ehrenbürger der Forsthochschule Eberswalde (ein Sohn des früheren Oberförsters Eduard Böhm, Hardenberg, Kr. Lebus, Bruder des Generals August Böhm in Potsdam) am 5. 1.; Polizeisergeanten-Witwe Lehmann, geb. Strache, in Frankfurt a. d. O. am 18. 1.; Werk- und Maschinenmeister Wilhelm Morche in Frankfurt a. d. O. am 16. 1.; Stationsoberschaffner i. R. Reinhold Zander in Schneidemühl am 16. 1., 72 J.; Margarethe Ossig, geb. Westerwick, in Meseritz (früher Zirke, Posen) am 23. 1., 71 J.; Frau Marie Dziurkiewicz in Posen am 26. 1., 68 J.; Frau Martha Koch, geb. Stubbe, in Schneidemühl am 27. 1., 41 J.; Frl. Käte Hoffmann, Tochter des Lehrers i. R. Hermann H. in Frankfurt a. d. O., am 27. 1.; Frau Obersteuersekretär Rouer, Frankfurt a. d. O., am 25. 1.; Ww. Karoline Horn, geb. Schlag, in Frankfurt a. d. O., am 27. 1., 78 J.; Ww. Wilhelmine Lüder, geb. Klauke, Frankfurt a. d. O., am 26. 1.; Frau Emma Bredel, geb. Hoffmann, Ehefrau des Oberlademeisters Karl Br. zu Bitterfeld (früher Ostrowo) am 27. 1., 41 J. Zu der Nachricht vom Tode des Kaufmanns Siegfried Lesser in Breslau (Nr. 4) wird uns mitgeteilt, daß L. nicht früher in Posen gelebt hat und auch nicht Mitinhaber der dortigen Maschinenfabrik Gebr. Lesser gewesen ist, wie wir annahmen, sondern daß es sich um einen aus Beuthen O.-S. stammenden Kaufmann handelt, der Mitinhaber der Holzgroßhandlung Gebr. Lesser war, die mit der Posener Firma in keinerlei Beziehungen stand. Der Seniorchef der einst unter der Firma Gebr. Lesser in Posen betriebenen Maschinenfabrik erfreut sich, wie wir hören, trotz seines hohen Alters noch der besten Gesundheit.

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenzmark Posen-Westpreußen, mittlere Ostmark und Pommern.

Vietz. Eine unerwartete Erbschaft machte hier die Witwe Lüttke, die von einem in Amerika verstorbenen Onkel 45 000 ℳ erhielt. Da die Witwe in beschränkten Verhältnissen lebte, ist ihr die unerwartete Erbschaft sehr willkommen.

Aus Westoberschlesien.

Wehrorganisation des Zentrums.

Die neugegründete Wehrorganisation der Zentrumsjugend, die „Kreuzschar", ist jetzt zum erstenmal in Beuthen in O.-S. vor die Öffentlichkeit getreten. Reichstagsabgeordneter Prälat Ulitzka umriß ihre Ziele mit der Erklärung, die Zeit der Diskussionen sei vorbei. Gegen Gewalt, Unterdrückung und gegen die Mächte der Zerstörung müsse auch das Zentrum zur Erhaltung der heiligsten Güter zu der Abwehr greifen. Die Gründung der Kreuzschar ist auf den Beschluß einer im Dezember abgehaltenen außerordentlichen Tagung des Reichsparteivorstandes des Zentrums zurückzuführen. Ihre Organisation soll sich in kurzer Zeit über das ganze Reich erstrecken.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Schubin. Der Landwirt Erich Besler, der mit Frau und Kind im Schlitten von Kowalewko nach Nakel fuhr, wurde gegen Mittag auf freier Landstraße von zwei Banditen angehalten. Der Aufforderung, sein Geld herauszugeben, leistete Besler nicht Folge. Darauf schlug ihn einer der Banditen mit einem stumpfen Gegenstand über den Kopf; die Pferde wurden scheu, und bald lag der Schlitten im Graben. Die Banditen schlugen auf die am Boden Liegenden ein und brachten der Frau gefährliche Schädelverletzungen bei.

Aus Westpreußen.

Das Konitzer Tageblatt in polnischer Hand.

Vor einigen Jahren war das deutsche Konitzer Tageblatt in die Hand des Druckereibesitzers Wladislaw Schreiber, eines fanatischen Polen, geraten, der auch die Hetzblätter „Lud Pomorski" und „Dziennik Pomorski" herausgibt und druckt. Am 1. Oktober 1930 beauftragte Sch. den Redakteur Lobusch vom Posener Tageblatt mit der Herausgabe und der Redaktion des Blattes, das L. in deutschem Sinne leitete, während es vorher antideutsch redigiert worden war. Nach einer Erklärung des L. hat Schreiber polenfreundliche, antideutsche Haltung des Blattes oder Einstellung der Zeitung von ihm verlangt. Es kam zum Bruch und L. legte sein Amt nieder. Jetzt wird das Konitzer Tageblatt von einem polnischen nationaldemokratischen (!) Redakteur redigiert.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Der Junge Ostmärker" 16 Seiten.

Ihre Verlobung geben bekannt

Elsa Grethe

Oskar Schwandt

Wathlingen, Kreis Celle

Großmoor, Kreis Celle/Hann., früher Tannenrode, Kreis Schildberg i. Posen

---

Heute früh entschlief sanft mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, Bruder und Onkel, der Kaufmann

Gustav Parduhn

im fast vollendeten 72. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Louise Parduhn, geb. Kietzmann.

Wittenberg, Bez. Halle, 28. 1. 31, Mauerstr. 6, früher Freymark, Kreis Wirsitz, Provinz Posen.

Zum

Fastnachtskränzchen

ladet der **Frauendienst des Landesverbandes Berlin-Brandenburg** des Deutschen Ostbundes alle Freunde und Bekannte zu

Mittwoch, den 11. Februar 1931, abends 7 Uhr,

nach Berlin SO., Köpenicker Straße 174 im „Köpenicker Hof" herzlichst ein. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Kostüme erwünscht, aber nicht Bedingung.

Eintrittspreis 50 Pf.

Der Vorstand.

Ortsgruppe Magdeburg

Am Sonnabend, den 14. Februar:

Großer Maskenzauber

in **Brehmers Konzerthaus**, Leipziger Str.

Mitglieder u. Gäste sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Weibliche

Büste d. echtes Drüsenwachstum. Einz. exist. natürl. Verfahren auf exakt wissensch. Grundlage. Wirkliche Dauererfolge! Klinische Versuche sogar an männl. Tieren mit Vollerfolg bestätigt! Garant. unschädl. — Erklärendes Buch mit Beweisen 0,50 M. (verschlossen 0,80 M.) Briefm. — Schließfach 28, Berlin W 35/C 13.

Aus Eigenbesitz:

1 Hausgrundstück

1 Geschäftsgrundstück

sofort beziehbar, bei geringer Anzahlg. billig zu verkaufen.

Reinhold Lange, Driesen Nm.,

Neue Straße 14.

Zu verkaufen:

Landwirtschaften in den Kreisen Soldin, Pyritz, Arnswalde. 120 Mg., 30 Wiese, bei Soldin, Anz. 16000 M., Rest 9 Jahre, 5%. 70 u. 52 Mg., 20 Wiese, Licht und Kraft, Anzahlung 10000 M., Rest 5 und 6%, mehrere Jahre. 40 Mg., Licht u. Kraft, Anz. 8000 M., Rest 10 J. 22 Mg., Licht und Kraft, Anz. 4000—5000 M., Rest mehrere Jahre, 15 Mg., Anz. 3000—4000 M., 8 Mg., Anz. 2700 M., Geschäftsgrdst. i. Hauptstraße, Anz. 4000—5000 M., Rest bis 10 Jahre, Hausgrdst., für Fleischer passend. Anz. 2000 M., 3 Gasthöfe bis 20 Mg., Anz. 10000 M. Landsleute anmelden.

Bergemann, Berlinchen NM., Oderstr. 12, Kr. Soldin.

Obst-, Gemüse-, Kolonialwaren-Geschäft

m. od. ohne Wohnungstausch preiswert zu verkaufen.

Habermann, Berlin-Halensee, Schweidnitzer Str. 16/17

Evangel. verdrängter Geschäftsmann aus **Polen, der in Kürze nach Deutschland kommt,**

sucht ein Geschäft

oder entsprech. Räume, gleich, welcher Branche, zu pachten. Angebote unter **682** an das Ostland erbeten.

Sichere Existenz! Vollständ. eingerichtete

Fleischerei

m. allen erford. Nebenanlagen sowie Laden mit 2 Schaufenstern und 2 Wohnungen, außer Geschäftswohnung, Eckgrundstück eines größer Ausflugsorts bei Magdeburg, gr. Eisenbahnknotenpunkt m. Strandbädern, Gebäude massiv, auch für and. Geschäft geeignet. Pr. 50000 M., Anz. 15000—20000 M. Näheres durch

Heinemann, Magdeburg, Prälatenstraße 13.

Buch-Rückkauf

Wer verkauft das vom Deutschen Ostbund 1922 herausgegebene Buch: **„Mein Bruder rüste Dich", v. Paul Dobbermann?** Gefl. Angebote unter **686** an das Ostland erbeten.

Obst- und Gemüsegeschäft

verkauft altershalber mit tauschl. Wohnung

Arnhold, Charlottenburg, Sesenheimer Straße 36

Todeshalber verkäuflich

Grundstück

Ostgrenzstadt Brandenburgs, massives Wohnhaus u. Stallungen, gr. Hof, nach 2 Straßen durchgehend, zum Gasthof oder Autobetrieb geeignet. Vermittl. verb. Angebote unter **687** an das Ostland erbeten.

Landwirtschaft

Städtisches **Vorwerk** (sogen. **Randvorwerk**) von rund 100 **Morgen** Acker mittleren u. guten Bodens, 35 Mrg. Wiese, reichlichen Wirtschaftsgebäuden und 2 Wohnhäusern (von denen eins auf Wunsch anderweitig vermietet wird), 3 km von der Stadt entfernt, soll demnächst verpachtet werden. Pachtbeginn 1. 4. 1931, jedoch sofort beziehb. u. bewirtschaftbar. Besichtigung nur nach vorheriger Anmeldung (Tel. Nr. 36).

Schriftliche Angebote bis spätestens 15.2.1931 erbeten.

Zielenzig, 3. Febr. 1931.

Der Magistrat.

Lohnender

Nebenverdienst

für jedermann.

Offerten unter **691** an das Ostland erbeten.

Landwirtschaft

40 Mrg. Mittelbd., aus erster Hand, einschl. 4 Mrg. Wiese u. 32 Mrg. Pacht, 80 Pfd. pro Mrg., gute Gebd., 2 Pf., 4 Stck. Rindv., 6 Schweine, totes Invent. kompl. Preis 20000, Anz. 8000 M., Rest kann als Hypothek stehen bleiben.

Siedlerstelle, 63 Mrg. Weizenbd. am Gehöft, neue mass. Gebäude, leb. u. tot. Inventar, 23 M. pro Morgen, 1 Freijahr, Preis 5000 M. Nur für früh. oder jetzige Flüchtlinge.

Desgl. auch noch mehrere groß Landwirtsch. bei Angermünde verk. sofort

W. Fromm, Angermünde, Altkünkendorfer Straße 10. Tel. 182. (Anm. erb.)

Ostmärker! **Provisionsfrei!**

Glänzende Existenzen!

	Anz. M
Mühlengrundstück mit Futtermittelhandel Nähe Schwerin 8000 bis	10 000
Wohnhaus m. Magazingebäude in lebh. Kantons-Hauptstadt der Schweiz . . . . Schw. Fr.	40 000
Landhaus m. Pension u. Hühnerzucht i. Kurort b. Karlsruhe .	5000
Pensionshaus im Schwarzwald-Kurort b. Karlsruhe	10 000
Holzwarenfabrik m. Wohnhaus u. Gastwirtsch. i. Mittelfranken	45 000
Hotel-Pension i. Luzern/Schweiz	50 000
Villa in Luzern . . . Schw. Fr.	36 000
Restaurationsgrundstück in Industrievorort b. Leipzig	20 000
Villengrundstück mit Fruchtsaftpresserei i. bekannter Stadt d. Riesengebirges	15 000
Mühlengrundstück i. lebh. Stadt a. deutschen Bodensee-Ufer .	64 580
Hotelgrundstück m. Saalanbau u. Nebengebäude in der Schweiz Schw. Fr.	50 000
Hotelgrundstück in Graubünden (Schweiz) . . . . . . Schw. Fr.	30 000
Restaurationsgrundst. a. Züricher See . . . . Schw. Fr.	50 000
Wohnhaus mit Weinberg und Obstgarten am Luganer See Preis: Schw. Fr.	25 000
Bauland (6200 qm) m. prächtigem Naturstr. a. Luganer See/Schw. Preis pro qm Schw. Fr.	7
Geflügelfarm, Vilstal, Bahnstrecke München, 7½ Morgen, 4-Zimmer-Wohnhaus, 2 Mg. Auslauf, Quellwasser. Prima Absetzungsmöglichkeiten f. Geflügel . . . . . nur 5000 bis	6000
Schmuckvilla in Tanne/Harz, 11 Zimmer, Neubau, steuerfrei, Ia Sommerpension, spottbillig . . . . nur	5000
Pension Alt-Moabit, 12 Betten, Umsatz 1200, Miete 400 RM. Anz. Vereinbarung, Preis etwa	8000
Zigarren-Ecke, Berlin, Molkenmarkt, Vollexistenz, 175 RM. Miete, 100—150 RM. Tageskasse, Ia Inventar, Preis nur	3300

sowie viele Hundert weitere Existenzgeschäfte, auch mit Grundstück, Landwirtschaften, Gasthöfe, Geflügelfarmen usw. in allen Gegenden Deutschlands.

Verlangen Sie kostenlos unsere illustrierten Prospekte mit ausführlicher Beschreibung!

KOCH & Co., Berlin W 10

Hohenzollernstr. 16. Tel.: Lützow 5933.

Kaufmann

55 J., evangl., wünscht Beschäftigung, wo der Mann fehlt, gegen Beköstigung, evtl. in Gastwirtschaft.

Angebote unter 681 an das Ostland erbeten.

Wer kennt

die Anschrift von **Max Goetz a. Briesen, Westpr.** Nachricht erbittet ohne Porto?

Klopsch, Greifswald, Anklamer Str. 5.

Heirat.

Einheirat bietet einer Landwirtstochter Mühlenbesitzer, 31 Jhr. alt, evgl.

Offerten mit Bild und Vermögensnachweis u. **692** an das Ostland erb.

Pr. Klass.-Lotterie

Lose 5. Kl.

Lüttich Staatl. Lotterie-Einnahme

Stettin, Augustastr. 8 (früher Hohensalza).

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 — Fernruf: Steinplatz 8031 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Krebel, Berlin-Friedenau. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW, Zimmerstraße 7/8.

Der junge Ostmärker

1931

Monatsschrift für die Ostmarkarbeit der deutschen Jugend.

Mitteilungsblatt der Jungscharen im Deutschen Ostbund.

2. Folge



Wir, die Jungen.

Mit den folgenden Ausführungen soll eine Aussprache über die Aufgabe der jungen Generation eingeleitet werden. Wir bitten unsere Freunde, sich an der Erörterung möglichst zahlreich zu beteiligen. Die beachtenswertesten Eingänge werden wir in den folgenden Ausgaben veröffentlichen.

Die Red.

Auf die Jahre satten Wohlergehens, eine Zeit sorglosen Genießens sind Jahre der Not und des Elends gefolgt. Wickelte sich das Leben vordem zumeist in gemächlich ruhigem Gleichmaß ab, so wurde es nun zu einem ständigen, oft erbitterten Kampf; nicht allein in den wirtschaftlich-materiellen Dingen des Tages, die vielfach einfach die nackte Existenzfrage berühren, sondern vor allem in den geistig-seelischen Dingen, in denen wieder das große Ringen um die ewigen Grundtatsachen unseres Daseins begonnen hat.

Die Jugend steht mitten in diesem Kampf. Einmal ist sie hineingezogen von den Organisationen und Menschen, die das gegenwärtige Lebensbild des Volkes bestimmt haben und die nun den Wunsch hegen, das junge Geschlecht in die Arbeit des alten einzugliedern. Andererseits aber haben der Krieg und das dauernde Miterleben der Not des Reiches so stark Verstand und Gemüt der Jungen aufgerüttelt, daß es vielen schon von selbst unmöglich wäre, ohne innere Anteilnahme an den Fragen unserer Zeit vorbeizugehen.

Freilich macht sich in vielen Teilen unseres Volkes infolge der schweren Erlebnisse der letzten Jahre Lauheit und Müdigkeit bemerkbar, die bei den einen zu Gleichgültigkeit, anderen zu banger Unsicherheit führt. Auch die Jugend ist hiervon nicht ganz frei; und so finden wir häufig Menschen und Gruppen, die sich mangels greifbarer Zukunftsziele ein schwärmerisch-romantisches Traumbild zurechtmachen oder aber mit abgestandenen Redensarten über die Neugruppierung der deutschen Stellung in der Welt herumreden.

Eine derartige Einstellung lehnen wir ab, da sie in keiner Weise geeignet ist, die Kräfte hervorzurufen, die allein dazu verhelfen, ein in Willen und Haltung, in Fähigkeiten und Durchschlagskraft den Zukunftsaufgaben gewachsenes Geschlecht heranzubilden. Wir wissen, daß es unmöglich ist, in einen neuen Abschnitt des Lebens, sei es des einzelnen oder des ganzen Volkes, ohne ein neues Ideal einzutreten. Darum wenden wir uns auch gegen all das, was sich in den unserer Zeit vorausgegangenen Menschenaltern in einer dem Volkswohl und der gesunden Staatsentwicklung abträglichen Weise herausgebildet hat. Wir müssen naturnotwendig Gegner solcher Gruppierungen sein, die durch die Betonung ihres egozentrischen, selbstsüchtigen Standpunktes die im Volke vorhandenen mannigfaltigen Kräfte auseinandertreiben, statt sie im Interesse der Volksgesamtheit organisch ineinander zu fügen, und sie sich im Kampf der einen Interessentengruppe gegen die andere zerreiben zu lassen. Doch ist unsere Einstellung keinesfalls in der Verneinung begründet, denn den Kampf um die Gestaltung der Zukunft wird nicht die zweiflerische Ablehnung der nur Verneinenden entscheiden, sondern der wird siegen, der die im Volk ruhenden seelischen Kräfte erkennt und für die Arbeit an den Zukunftsaufgaben in Volk und Staat einsetzt.

Am Wehrgang der Ordensburg Bütow.

Diese ostpommersche Burg bildete ehemals den westlichsten Stützpunkt des Deutschen Ordens; heute ist in ihr eine Jugendherberge untergebracht.

Diese volksgebundenen Kräfte lassen sich nun freilich nicht wie ein Bataillon in der Schlacht oder wie das Kapital einer Großbank in kalter Berechnung plötzlich einsetzen, denn es sind lebendige Kräfte, die zu tiefst im Wesen des Volkes verwurzelt sind. Nur der wird sie in den Dienst der großen Sache stellen können, dem Art und Schicksal seines Volkes zum lebendigen Erlebnis geworden sind. Die Älteren unserer Generation hat der Krieg geformt, sie sind der Rest der jungen Volksgarde, die von Flandern bis Saloniki und von Finnland bis in den Kaukasus ihr Blut geopfert hat. Neben ihnen stehen die Jüngeren, die die Vergangenheit und auch den Krieg nicht mehr bewußt erlebt haben, aber gerade diesen fallen die Hauptaufgaben der kommenden Zeit zu. Zahlreich sind die Möglichkeiten, sich darauf einzustellen, denn Aufgabe der Jungen ist es nicht nur, in Bereitschaft zu stehen und den Bestand des Staates zu verteidigen, sondern Aufgabe der kommenden Generation muß es ebenso sehr sein, die geistigen Voraussetzungen zu schaffen, die sie dereinst befähigen, die Geschicke des Landes zielbewußt in die Hand zu nehmen. Darum ist uns die Beschäftigung mit den Lebensäußerungen des Volkes, mit Lied und Tanz, mit Kunst und Literatur, angefangen von Sagen und Märchen bis zu den Werken der großen Meister, nicht eine freundliche Tändelei, bestimmt, einige Unterhaltungsstunden auszufüllen; vielmehr schaffen wir uns damit wieder den inneren Zusammenhang mit Volkswesen und Volksempfinden, der namentlich den Städtern schon in starkem Maße verlorengegangen ist. Neben der Literatur vertiefen wir uns in die Geschichte, um an den politischen Großtaten unseres Volkes, der Ostkolonisation, der Ausbreitung der Hanse und der Entwicklung Preußen-Deutschlands das stolze Bewußtsein zu gewinnen, Glieder einer großen Nation zu sein, der das Schicksal eine bedeutende Missionsaufgabe in der Entwicklung und Ausbreitung europäischer Kultur und Sitte zugeteilt hat.

Diese Aufgabe unseres Volkes ist noch nicht beendet. Geschlechter und Jahrhunderte haben daran gewirkt, und auf Zeiten kraftvoller Entfaltung sind Zeiten der Schwäche und des Rückganges gefolgt. Darum dürfen wir uns nicht nur an Erfolgen berauschen, sondern wir haben unsere ganz besondere Aufmerksamkeit den Ursachen und Anlässen zu widmen, die so häufig den Rückschlag im Gefolge hatten. Treiben wir in diesem Sinne Schulungsarbeit, ausgehend von den Grundideen unseres Volkstums, um dann zur Durchdringung der großen geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge zu gelangen, so werden wir uns ein geschlossenes Bild vom Werden und Sein unseres Volkes schaffen, das uns die Möglichkeiten zeigt, die sich uns für die Gestaltung der Zukunftsverhältnisse bieten.

Freilich, mit Kenntnissen allein werden wir nicht weiter kommen; **ohne tiefen Glauben an die Sendung unseres Volkes, ohne das Bewußtsein der starken Verantwortung unserer Generation für die Zukunft und ohne den hoffnungsvollen Idealismus der Jungen können wir den Aufgaben dieser Zeit nicht gerecht werden.**

Ernst Otto Thiele.

Ostgrenzfahrten.

Als es in den letzten Jahren galt, das deutsche Volk in seiner Zerstreuung über ganz Europa wieder zu „entdecken", da stießen die Jugendbünde mit besonderer Vorliebe in jene deutschen Siedlungsgebiete vor, die an der äußersten Grenze des mitteleuropäischen Kernes liegen. Jetzt ist es jedoch an der Zeit, alle Kräfte einmal nach der Mitte zu wenden, und zwar nach jenem Teil des Reiches, der zwar arm an „touristischen Sensationen" ist, der dafür aber den Vorzug hat, altes Kolonistenland zu sein: nach dem Deutschland östlich der Oder!

Nötiger denn je gebraucht gerade in dieser Zeit die Bevölkerung der östlichen Grenzprovinzen einen ausdrücklichen Beweis der Solidarität. Von der Not werden nicht nur einzelne Klassen betroffen, sondern die gesamte Bevölkerung dieses Gebietes und seine wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und öffentlichen Einrichtungen. Die Menschenentleerung des Ostens, die Zusammenballung aller Kräfte in wenigen westlichen Zentren und großen Städten heben jedes natürliche Gleichgewicht auf, ein Vorgang, der die schlimmsten geistigen und materiellen Gefahren heraufbeschwört. Neue Lebensimpulse den Bewohnern der Dörfer und Städte zu übermitteln, die Möglichkeit nach späterem beruflichen Einsatz in diesen Gebieten zu erkunden, muß die Aufgabe der Ostgrenzfahrten der Jugend sein.

In diesem Sinne haben vor Jahresfrist die in der Mittelstelle für Jugendgrenzlandarbeit zusammengeschlossenen Jugendbünde und studentischen Verbände ihre Gruppen zu Wanderfahrten und Lagern an der östlichen Grenze aufgeboten, und fast während des ganzen Jahres wurden aus allen Teilen des Reiches, aus Österreich und Sudetendeutschland Fahrten in die weiten Landschaften östlich der Oder unternommen. Rund 3000 Jugendliche waren im ganzen daran beteiligt. Aber wie wenig bedeutet diese Zahl im Hinblick auf jene mehrere hundert Kilometer langen Grenzstreifen zwischen Memel—Königsberg—Danzig — Lauenburg — Schneidemühl — Frankfurt a. d. O. — Glogau — Beuthen OS.?! Fast spurlos verschwinden die Gruppen in den riesigen Wäldern Oberschlesiens und seinem Industrierevier, in der Niederschlesischen Heide, in der Warthe- und Netzeniederung, im Weichseltal bei Marienwerder, im Hafengewirr von Danzig, auf den Seen und in den Wäldern Ostpreußens und an der Küste des Samlandes. Noch lange nicht haben alle Dörfer, Marktflecken und Städte etwas von den Ostgrenzfahrten deutscher Jugend zu spüren bekommen. Noch warten die weiten, offenen Landschaften Ostdeutschlands auf Zeltlager, Nachtwanderungen, Paddelbootfahrten, Lagerfeuer, noch harren viele Hunderte von Dorfschaften und Stadtgemeinden auf den Besuch der Wandergruppen aus Süddeutschland, aus dem Rheinland, aus Hannover, von der Nordseeküste, von den Alpen und dem Thüringer Wald, um sich an ihrem frischen Auftreten, ihrem lebendigen Spiel, ihrer fröhlichen Musik und ihren Liedern, an ihrer gesunden, mutigen Denkungsart und ihrer körperlichen Frische zu erfreuen und mit ihnen über eigene Not zu sprechen und von Augenzeugen zu hören, wie es im übrigen Vaterland aussieht.

Fast alle Gliederungen und Richtungen der Jugend nahmen an diesen Ostgrenzfahrten des letzten Jahres teil: Schüler, Studenten und Berufstätige. In den verschiedensten Formen vollzogen sich diese Unternehmungen, ganz dem Entwicklungsstande des Bundes und der gestellten Aufgabe der Fahrt entsprechend: Gruppen-, Gau- und Bundesfahrten, Tagungen und Lager. Im Gebiet von Danzig fand ein großes überbündisches Lager statt, das bei Spiel und Vorträgen der Fühlungnahme mit Danziger Jugend diente. Eine Grazer Jugendspielschar zog durch das Weichselgebiet von Stuhm bis Marienwerder und gab Abend für Abend in den Dörfern Spielabende. Eine andere Gruppe hatte im Gebiet von Schneidemühl Standquartier bezogen. Sie mußten staunend erfahren, daß es dort Dörfer gab, in denen die Kinder gar nicht wußten, was ein Kasperlspiel ist. Um so größer war dann die Freude. Ein Bund hatte seine ganze Bundesjungenschaft in die südlichen Kreise der Grenzmark aufgeboten und hier eine planvolle Erkundung durchgeführt. Aus Erzählungen und Berichten von Bauern und Landarbeitern, Lehrern und Geistlichen verschafften sie sich Gruppe für Gruppe, Dorf für Dorf ein anschauliches Bild über den Stand der polnischen Agitation, über Bevölkerungsbewegung, über die durch die Grenzziehung entstandenen Schäden. Eine akademische Gruppe durchforschte das ganze Grenzgebiet Nieder- und Oberschlesiens. Nach ihren Berichten kamen sie mit Bauern, Landarbeitern, Gutsbesitzern, Generaldirektoren und oberschlesischen Arbeitern in Berührung und konnten die Grenzprobleme von dem Standpunkt dieser verschiedenen Gruppen kennenlernen. In einem Abschlußlager im Grenzschulheim Boberhaus versuchten sie, die politischen und wirtschaftlichen Erkenntnisse systematisch zu ordnen. Andere studentische Verbände veranstalteten Schulungswochen in Ostpreußen, Studienfahrten durch die Grenzmark und nach Danzig, und eine Organisation geht seit Jahren zur Adventszeit in die Grenzmark, um die Landbevölkerung mit einem weihnachtlichen Krippenspiel zu erfreuen.

Von den für dieses Jahr angesetzten Grenzlandveranstaltungen sei vor allem die Pfingsttagung der Brandenburgischen Turner in Driesen hervorgehoben, für die schon 2000 Jugendliche angemeldet sind.

Alle diese Unternehmungen der deutschen Jugend zeigen, wie bedeutungsvoll Ostgrenzfahrten sein können. Ein wichtiger Anfang ist im vergangenen Jahre gemacht worden, der Ausbau dieser Ostgrenzfahrten in der kommenden Zeit muß weiterhin als eine wichtige Aufgabe angesehen werden.

Ernst Bargel, Berlin
(Mittelstelle deutscher Jugend in Europa).

Die Grenzmark ruft!

(Schluß.)

Wenn ich gebeten wurde, hier auszusprechen, wie die Jungostmärker uns helfen können, so sage ich: „Kommt und seht! — Eine freundliche Aufnahme ist euch allerorten gewiß!" Wir freuen uns über jeden Gast aus dem Reiche, sei es Erwachsener, sei es Junge oder Mädel, freuen uns über jeden Händedruck, der sagt: „Wir fühlen eure Not mit euch."

Da hatten letzte Pfingsten 300 Jungen der Deutschen Freischar in den schönen Wald- und Seengebieten unseres Kreises Ferienlager aufgeschlagen. Da schickte der Bund Deutscher Kolonial-Pfadfinder seine Scharen, die sich nach genauem Plan längs der Grenze verteilten und in Meseritz die Hauptleitung hatten. Es waren größere Schüler unter Führung von Studenten. „Die deutsche Jugend steht zum Osten, Sie können sich auf uns verlassen; im Osten liegt unsere, der deutschen Jugend, Zukunft", sagten mir ein paar Dresdener und Leipziger Studenten, gerade, offene, frische Jungen, die glücklich waren über jede Stunde, die man ihnen zur Belehrung widmete. Da kam eine kleine Schar „Schreberjugend" aus Leipzig mit einer Lehrerin, durch mehrfache Grenzmarkreisen erfahren, und einem Studenten. „Wir bringen nur Jungen, die nach vielfacher Prüfung ausgewählt sind, denn Grenzland ist heiliges Land, es sollten nur die Besten mit." Der Student hatte sich als Aushilfskellner auf dem Leipziger Hauptbahnhof das Reisegeld verdient, manche konnten kaum wasserdichtes Zeug mitbringen, einige Erwerbslose hatten das Geld mühsam durch Botengänge zusammengebracht. So war besonders letzten Sommer und Herbst viel deutsche Jugend bei uns. Alle suchten die nahe Berührung mit der Bevölkerung, alle wollten die Grenze erleben.

Und immer wanderten sie nach Tirschtiegel, jener Stadt in unserem Kreise, die am schwersten von allen Städten des Reiches durch die Grenzziehung getroffen ist. An den langen Reihen der Heldengräber von 1919 wurden auch die Fröhlichen still. Und ihre Fäuste ballten sich, als sie die deutschen Ackerbürger ihre Grenzausweise vorzeigen sahen, denn ihr Land liegt hinter den Grenzpfählen! Sie sahen die Drahtverhaue auf den durchschnittenen Straßen, sie sahen auch „den weißen Punkt", die Stelle, wo die Grenze mitten durch ein Haus geht! Gerade diese Stelle hatte auch bei 15 französischen Primanern von allem, was wir ihnen zeigten, den stärksten Eindruck hinterlassen.

Ihr seht, Jungostmärker, welche Aufgabe ihr im Grenzlande habt! Ihr sollt euch eure Augen satt trinken an den Schönheiten unserer Heimat! In allen Teilen der Grenzmark werdet ihr euch an den vielfach wechselnden Bildern freuen, die Wald und Hügel, Fluß und See bieten! Darum die Kamera nicht vergessen! Ihr werdet zu Hause viel zu zeigen und zu erzählen haben. Das Grenzlanderlebnis wird euch nie mehr loslassen, ihr werdet andere belehren und in eure Reihen bringen. Wie freuen wir uns über die Mitteilungen der bei uns Gewesenen! Mancher schickt uns Zeitungen und andere Blätter mit Aufsätzen über unsere Not, über unsere Landschaft und bittet um mehr Stoff, und andere erzählen von den ostmärkischen Abenden, die sie abhalten, damit alle von der Grenznot erfahren.

Marie Matthias, Meseritz.

Politische Schulungsarbeit über Ostfragen in den Vereinen Deutscher Studenten.

Zu einer Zeit, in der Politik und Wirtschaft fast hemmungslos dem Zug nach dem Westen unterliegen und in der andererseits die verheerenden Folgen der Grenzziehung und der falschen Wirtschaftspolitik im deutschen Osten weiten Kreisen unseres Volkes bewußt werden, mußten gerade diejenigen vaterländischen Verbände ihre Arbeit nach dem Osten richten, die von jeher Hüter deutschen Lebens waren. Unter den studentischen Verbänden, denen in der Hauptsache die völkische Erziehungsarbeit unseres akademischen Nachwuchses zufällt, hat der Kyffhäuser-Verband der Vereine Deutscher Studenten in vorbildlicher, systematischer Arbeit in den letzten zehn Jahren die politische Schulung seiner Mitglieder auf die Ostfragen eingestellt.

Für ihn war ja der Kampf des deutschen Volkstums um Grenze und Raum im Osten nicht unbekannt, denn schon lange vor dem Kriege, als das Wort „Grenzlandarbeit" noch nicht erfunden war, haben die Vereine Deutscher Studenten als studentischer Verband Erhebliches in der Volkstumsarbeit im Osten geleistet. Bahnbrechend waren die seit 1903 jährlich unternommenen Ostmarkenfahrten der Berliner V. D. St.er unter Führung der in der Ansiedlungsarbeit tätigen Alten Herren, eine praktische Einführung in das Studium der bevölkerungs- und agrarpolitischen Verhältnisse des „preußischen Sibirien". Zuerst verlacht, von der Universitätsbehörde nicht gefördert — heute von Staat und Presse begrüßt, von studentischen Verbänden nachgeahmt! 1930 fand die 12. Ostmarkenfahrt statt, sie führte ins Weichselgebiet bei Kurzebrack, außerdem wurde noch eine Ostpommernfahrt unternommen, die namentlich in der Presse lebhaften Widerhall fand. 1931 fahren die Berliner V. D. St.er nach Niederschlesien ins Grenzgebiet.

Auf dieser Vorkriegstradition grenzlandpolitischer Arbeit baut sich die planmäßige Fortführung auf, die seit nunmehr zehn Jahren von der „Grenzlandstiftung der Vereine Deutscher Studenten" geleistet wird.

Wie ihr Name sagt, beruht sie finanziell auf dem Gedanken der Beteiligung eines jeden V. D. St.ers an dieser Arbeit durch ein bescheidenes jährliches Geldopfer. Jedoch liegt ihr karitatives Wirken fern. Die Grenzlandstiftung will mit ihren wenigen Mitteln nur politische Schulungs- und Aufklärungsarbeit in der Studentenschaft leisten. Sie tut dies aber nicht nur durch Organisation von studentischen Grenzlandfahrten gleich anderen Verbänden, sondern hat in den letzten Jahren durch ein Netz landschaftlich über das ganze Reich verteilter nationalpolitischer Schulungstagungen ihre Erziehungsarbeit für Grenzland- und besonders Ostlandfragen auf alle ihr angeschlossenen 43 Korporationen ausgedehnt. Von den Tagungen des Wintersemesters 1930/31 seien nur die sich mit Ostfragen beschäftigenden genannt: Die Vereine Deutscher Studenten an den Hochschulen Niedersachsens tagten in Goslar. Admiral Zenker sprach über die militärische und marinepolitische Lage Ostpreußens und der Ostsee, Reg.-Rat a. D. Maßmann-Berlin über die Siedlungspolitik im Osten, Dr. M. Langhans-Ratzeburg über die außenpolitische Lage im Osten und die Sowjetunion. Auf der 4. Potsdamer Tagung im Januar sprachen Min.-Direktor Wachsmann von der Oststelle der Reichskanzlei über das Osthilfeprogramm der Brüningregierung, ein auslandsdeutscher Sachkenner über die Lage des Deutschtums im Korridor und Posen-Pommerellen, der bekannte auslandsdeutsche Schriftsteller Dr. M. H. Boehm über die Deutschtumskrise im Osten. Sogar die diesjährige 6. Tagung der Vereine Deutscher Studenten an den rheinischen Universitäten auf Burg Hammerstein am Rhein war ganz den Ostproblemen gewidmet. Von verschiedenen Gesichtspunkten wurde zur deutschen Ostnot Stellung genommen, innenpolitische und außenpolitische Referate, Vorträge von Fachleuten der Industrie über den deutschen Handel und den Osten sowie über die deutsche Agrarnot im Osten (Dr. Rosenbrock vom Deutschen Landwirtschaftsrat) unterrichteten die westdeutschen Studenten.



Hochzeitstänzer aus Pr.-Holland in Ostpreußen.

Die wichtigste ostpolitische Schulungswoche des Kyffhäuser-Verbandes aber findet alljährlich in Danzig statt, dort treffen sich Studenten und Dozenten aus dem Reich mit unseren auslandsdeutschen Brüdern, um gemeinsame Volkstumsfragen zu besprechen und persönliche Bekanntschaft zu knüpfen. Hierin liegt eine weitere hauptsächliche Aufgabe der Grenzlandstiftung, eine enge Verbindung mit den Gruppen der auslandsdeutschen Studenten an den Hochschulen unserer östlichen Nachbarstaaten herbeizuführen. Wichtige Hilfsarbeit beim Aufbau dieser Gruppen konnte geleistet werden, Austausch von Schrifttum, gegenseitige Besuche haben die Grenzlandstiftung in ständige Fühlung und persönliche Freundschaft mit dem deutschen akademischen Außenposten an den osteuropäischen Hochschulen gebracht.

Schließlich liegt ein bedeutender Teil der politischen Schulungsarbeit der Vereine Deutscher Studenten auch in ihrem Schrifttum. Auf dem Gebiete der Ostarbeit hat die Grenzlandstiftung eine Reihe von Merkblättern und Broschüren herausgegeben, die zur schnellen Einführung in diese Fragen geeignet sind und denen noch kein anderer studentischer Verband etwas an die Seite stellen kann. Aus den Erfahrungen vieler Reisen erwuchsen die Merkblätter: Das Deutschtum in den Ostseeprovinzen, 1925. Litauen und das Memelgebiet, 1928. Aus der Reihe „Deutsch-akademische Schriften" des Verlages der „Akademischen Blätter": Braune: Tausend Jahre deutscher Arbeit im Lande Posen, 1925. Löber: Praktische Verbandsarbeit in den neuen Ostseestaaten, 1927. Wagner: Vom Kampf und Arbeit der Sudetendeutschen, 1930, und die im Erscheinen begriffenen Hefte über das Deutschtum im heutigen Polen, 1931.

In ständiger Verbindung mit den großen volksdeutschen Verbänden und frei von jeder Parteipolitik wird die Grenzlandstiftung ihre Arbeit fortsetzen, für die sie bisher in weiten Kreisen des Grenz- und Auslandsdeutschtums Anerkennung erworben hat.

Helmut J. Jusatz, Berlin.

Erste ostpolitische Schulungswoche in Vetschau Ostern 1931.

In der auf das Osterfest folgenden Woche werden wir in „Haus Ostland" in Vetschau im Spreewald unsere erste ostpolitische Schulungswoche abhalten. Die Tagung beginnt am Dienstag, den 7. April, und dauert bis Sonnabend, den 11., einschließlich. Die Woche soll dazu dienen, die in der Ostarbeit gegenwärtig besonders wichtigen Fragen in Vorträgen und daran anschließenden Aussprachen gemeinsam durchzuarbeiten. Darüber hinaus wird das mehrtägige Zusammenleben und -arbeiten von Jungscharmitgliedern aus den verschiedensten Landesteilen hoffentlich dazu führen, das Gemeinschaftsbewußtsein der in der Jungschararbeit Tätigen weiterhin zu fördern.

Das Programm, über dessen endgültige Regelung noch Näheres durch Rundschreiben bekanntgegeben wird, sieht u. a. voraussichtlich folgende Themen vor:

1. Unsere Stellung in der Jugendbewegung.
2. Von der Arbeit in den Jungscharen (unsere Heimabende, unsere Fahrten, die Grenzlandarbeit).
3. Das Deutschtum im Osten, seine Mission und seine gegenwärtige Lage.
4. Die politischen Hauptprobleme des Ostens (Ukraine, Wilna, Memelfrage, Danzig, die Korridorfrage, die Abänderung der sonstigen Ostgrenze, Oberschlesien).
5. Oberschlesien, Danzig, Gdingen, die Grundlage der polnischen Wirtschaftsentfaltung.
6. Das Ausland und die Ostfragen, die Entwicklung des Revisionsgedankens.
7. Der Einfluß der Grenzzerreißung auf die gegenwärtigen deutschen Ostgebiete.
8. Die Bevölkerungsbewegung im Osten in der Nachkriegszeit.

Das Tagungsgeld einschließlich Verpflegung beträgt 2 ℳ und ist bei Eintreffen in Vetschau zu entrichten. Die Bundesleitung gewährt einen Zuschuß von einem Drittel der entstehenden Fahrtkosten; doch sollen die Gruppen darüber hinaus versuchen, die übliche Fahrpreisermäßigung, die bei gemeinsamer Fahrt von mindestens 10 Personen von der Bahn gewährt wird, zu erlangen.

Es wäre wünschenswert, wenn die einzelnen Gruppen bald Angaben über die voraussichtliche Beteiligung an die Jugendstelle in Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43, gelangen lassen könnten.

Fastnachtsspiele.

Mancherlei Art sind die Antriebe, die uns zum festlichen Spiel veranlassen. Vielfach sind es die Gelegenheiten solcher Feste, die mit einer Jahreszeit verknüpft sind und die unserer Jugend Anlaß genug sind, ihren Spieltrieb zu pflegen. Darum darf Bruno Sasowski auch mit Recht in seinem „Buche von Fest und Feier" sagen: „Jedem Deutschen seine Feier, und das Saisongeschenk sei Laienspiel!" In der gegenwärtigen Zeit läßt sich vorstehender Ausspruch auch auf die „alljährliche Februarsaison" beziehen. Eine alte Sitte erheischt nun mal, daß die Christenmenschen in dieser Fastnachtszeit (hauptsächlich an den drei letzten Tagen vor Aschermittwoch) noch einmal die weltliche Triebhaftigkeit überschäumen lassen und dabei eine Maske um ihr Wesen legen, um in solcher Verborgenheit noch einmal vor der strengen Zeit der Buße und Einkehr „im Grenzland der Sünde" sich auszutollen. Erhöht wird die Feststimmung bei solchem fröhlichen Tun und Treiben noch ganz wesentlich durch die Aufführung von Fastnachtsspielen bzw. durch die Gestaltung von ensprechenden Stegreifspielen.

Allen Fastnachtsspielen ist jene Maskenfreude eigen, die den Menschen sich erst eigentlich offenbaren läßt, wenn er über der zu spielenden Rolle seinen Alltag vergißt. Da kann er die letzten persönlichen Wünsche und Sehnsüchte frei heraufholen und in das Treiben der anderen beteiligten Figuren hineinbilden, ohne daß ihm das jemand verargt. Da vermag er sich vor sich selber und vor allen Leuten zu verspotten und sich selbst sogar auf den Kopf zu stellen. Da wird Maskenspiel reinigendes Spiegel- und Sinnbild und so „zu jener Freiheit in der Erscheinung, die Schiller für den Menschen und sein Spiel-Werk fordert, zu jenem wahrhaftigen kräftespendenden Geschenk eines besonderen Lebensaugenblicks, das wir brauchen, um unsern Alltag tragen und gut bauen zu können." Das gilt für die bescheidensten wie für die größten unserer Spieltexte, mögen sie nun scheinbar eine tolle Rüpelei sein oder das Geheimnis des übernatürlichen aus dem tiefsten Erdendunkel aufleuchten lassen.

Die schönsten Fastnachtsspiele sind die alten und doch ewig neuen Schwänke nud Possen unseres Meistersingers Hans Sachs. Genannt seien „Das Narrenschneiden“, — „Der böse Rauch“, — „Der Teufel mit dem alten Weib“, — „Der fahrende Schüler im Paradies“, — „Der Roßdieb zu Fünssing“ und „Sankt Peter vergnügt sich mit seinen Freunden unten auf Erden“. Sie alle sind vom Bühnenvolksbundverlag in Berlin SW. 68, Kochstraße 59, als dritte Reihe der Bücherei erneuerter Volks- und Puppenspiele herausgegeben und von Leo Weismantel mit Spielanmerkungen versehen worden. In einigen dieser Spiele kam es unserm Nürnberger Poeten nur darauf an, das böse Weib in seiner „ausgekochtesten Form“ zu schildern. Selbstverständlich unterliegt dann in einem solchen Falle immer der wenig beneidenswerte Mann. Deshalb läßt der Verfasser das Spiel „Der böse Rauch“ als die traurige Mahnung an alle Nachkommenden, an alle jungen Männer ausklingen, „beizeiten den Übermut des Weibes zu dämpfen, doch mit Vernunft und Bescheidenheit“.

Recht amüsante Puppen-Komödien hat Franz Pocci verfaßt. Sie sind ebenfalls von Weismantel mit Spielanmerkungen versehen und vom B. V. B.-Verlag als vierte Reihe der genannten Bücherei herausgebracht worden. Ihre Titel lauten: „Kasperl ist überall oder die Geburt der Komödie“, — „Kasperl als Nachtwächter“, — „Die drei Wünsche“, — Kasperl wird reich“, — „Der artesische Brunnen oder Kasperl bei den Leuwutschen“ und „Die Zaubergeige“. Dieses zuletzt genannte Spiel ist für das Puppentheater eines der dichterisch reichsten und hat einen der wertvollsten Texte von Pocci überhaupt.

Mit den Possen von Hans Sachs können sich die Spiele von Heinz Steguweit messen. Sein Rüpelspiel „Spottvogel gegen Schmierfink“ ist ein passendes Spiel für unsere Jungen und eignet sich wegen seiner Einfachheit in der Darstellung sehr gut als Spiel für die Wanderfahrt (B. V. B.-Verlag).

Aber auch Steguweits Schwank „Iha, der Esel“ darf hier nicht vergessen werden. Dieses Spiel stellt hohe Anforderungen an die Lachmuskeln der Zuschauer und wird diese stets mit jener überschäumenden Freude erfüllen, wie sie der Faschingszeit nun einmal eigen ist. Für Kleidung und Spielführung gibt der Verfasser selbst treffliche Winke. Das Sprüchlein des Müllers am Schlusse des Spieles ist an uns Menschen gerichtet, wenn es auch über den Esel gesagt wird. Sein Inhalt möge manch einem zur Beherzigung empfohlen sein. Es lautet:

„Leute, laßt nit die Köpfe hangen!
Was brauchen wir um den Esel zu bangen?
Wer immer „Ja“ sagt, hat selber schuld,
wenn er ob aller Eselsgeduld
Last um Last auf den Buckel kriegt
und endlich platt auf der Nase liegt!“

Fünf männliche Spieler kommen für dieses so einfache und durch das Auftreten des Esels (der von zwei weiteren Personen darzustellen ist) doch so fesselnde Spiel in Frage. Doch lassen sich sämtliche Rollen, wie wir es auch hier in Rahden hatten, ebenso gut von Mädchen in Männerkleidung darstellen. (B. V. B.-Verlag).

„Suleika“, ein heiteres Spiel aus dem Morgenlande, von Walther Blachetta. (6 m., 3 w. Spieler.) Es fehlt in dieser Spielhandlung nicht an buntem Auf und Ab. Bis zuletzt verhüllt uns das Spiel, wie die Guten zu ihrem Recht und die hartnäckig Boshaften zu ihrer für ihre Umgebung lustigen Strafe kommen. Das Ganze will leicht, halb wirklich, halb märchenhaft gegeben sein, wie es der Text auch schon andeutet, der „bald in Prosa, bald in musizierenden Versen, Sprüchen und Widersprüchen hinzuhüpfen scheint.“ In Kostüm und Bühnenbild sollen starke Farben, in der Gerichtsszene lächerlich steife, im Kramladen „mit den Räubern bombastisch geschwungene Linien“ regieren. Die Gestalten der Rahmenerzählung sind in unauffälligen Gewändern ganz im Vordergrunde, gewissermaßen vor dem Vorhange zu denken. Bei Beginn des Spiels aber wenden sie sich nach dem Hintergrunde und verharren hier als die Zuschauer, die es am meisten angeht. Bei Aufführungen im kleinen Kreis können die Zwischenakte auch wohl ausfallen. (B. V. B.-Verlag.)

„Marcolph oder König Salomo und der Bauer“ ist ein lustiges Spiel von Alfons Paquet. (6 männliche, 2 weibliche Spieler.) In der Ausstellung der deutschen Jugend hat die Rheinische Spielschar unter Leitung von Ignaz Gentges im September 1927 gezeigt, wie die „köstlich improvisierte Bühne“ hierzu aussehen muß. Es sind für ihren Auf- und Ausbau erforderlich ein Türrahmen, ein Fensterrahmen und ein Spiegelrahmen. Weiter konnte man dort sehen, mit welchem Tempo gespielt werden muß, wie der König bei Marcolph einkehrt, wie der Bauer in des Königs Palast kommt und den ganzen Hof, selbst die sehr stolze Königin, in tolle Abenteuer stürzt. (B. V. B.-Verlag.)

„Das Stegreifspiel vom Narren Tuvielgut“ des Peter Thomas Bundtschuch zeigt uns, wie ein Mensch alle die unguten Masken seines Menschenbruders an sich nimmt, wie er ihre vermeintlichen Freuden, ihr wirklichstes Leid vorlebt mit dem Einsatz seiner Schönheit, seiner Jugend, seiner Gesundheit, seines Besitzes, seines gesamten irdischen Daseins, bis in den Tod hinein. Wir erleben es weiter, wie der König in dem Totenantlitz seine eigene Maske — Dubistes — erkennt und wie dieser Anblick ihn wandelt und verwandelt.

Dies Spiel überhöht die Freude am Scherz und Ernst unserer Masken mit einer Weihe, die uns deswegen oft noch tagelang in ihrem Bann hält, weil hier aus dem Spiel Leben für uns aufbricht. Wir fühlen uns diesem Leben verpflichtet und in ihm wieder dem lebenschenkenden Spiel. Beiden wollen wir in Treue dienen.

Georg Röhr, Tonnenheide i. W.

Bücher, die uns angehen.

Die in dieser Spalte besprochenen Bücher können den Jungscharen bei Bestellungen durch die Bundesgeschäftsstelle (Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43) teilweise zu ermäßigten Preisen geliefert werden.

Für Heim und Fahrt:

Deutsche Volkskunst. Herausgegeben von Reichskunstwart Dr. Edwin Redslob. Delphin-Verlag, München. Jeder Band kart. 7,50 *M.*

Band VIII. **Schlesien.** Von Günther Grundmann. 48 Seiten mit 241 Abbildungen.

Band X. **Ostpreußen.** Von Karl Heinz Clasen. 37 Seiten mit 230 Abbildungen.

Band XI. **Pommern.** Von Fritz Adler. 43 Seiten mit 214 Abbildungen.

In dieser großangelegten Sammlung sind nunmehr auch die den Osten des Reiches behandelnden Bände erschienen. Sie haben für uns den besonderen Wert, uns eine zusammenfassende Vorstellung von der Vielseitigkeit der Lebensgestaltung in den in kulturgeschichtlicher Hinsicht leider immer noch nicht ausreichend beachteten deutschen Ostgebieten zu geben. Stark und überzeugend ist das Besondere herausgearbeitet, das bodenständiges Denken und Schaffen als Eigenleistung hervorgebracht hat, doch haben es die Verfasser in hohem Maße verstanden, auch den Wechselbeziehungen gerecht zu werden, die zwischen der Entfaltung der speziellen Landeskultur und der gesamtdeutschen Entwicklung bestehen.

Der einleitende Text und das reiche Abbildungsmaterial geben einen vorzüglichen Überblick über die jeweilige Siedlungsweise und Bauform, über die Gestaltung der Innenräume, Möbel, Hausrat und Arbeitsgerät, zeigen Keramik, Schmuck und die immer seltener werdenden Volkstrachten (s. unsere Abb. S. 7) und bringen schöne Beispiele aus dem reichen Gebiet der religiösen Volkskunst.

*

Ostschlesische Volkstänze. 2. Folge. Aufgezeichnet von Josef Lanz, für zwei Geigen und Bratsche oder Klampfe gesetzt von Fritz Scharlach. Verlag Das Junge Volk, Günther Wolff, Plauen i. V. 1931. Brosch. 2 *M.*

20 Volkstänze aus ehemals rein deutschen, heute stark slawisierten Dörfern, die der an Oberschlesien grenzenden deutschen Sprachinsel Bielitz-Biala vorgelagert sind. Zu den Melodien, die hier erstmalig veröffentlicht wurden, sind genaue Schrittanweisungen gegeben.

*

Für die außenpolitische Schulung:

Deutschlands Ostnot. Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1931. 88 Seiten mit 1 Karte des deutschen Ostens. Brosch. 2,40 *M.*

Diese neue Auflage des ausgezeichneten Buches ist gegenüber der vergriffenen Ausgabe bis auf die neueste Zeit ergänzt. Die katastrophalen Einwirkungen der Gebietsabtrennungen auf die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der deutschen Ostgebiete werden unter ausgiebiger Namhaftmachung der wichtigen Spezialliteratur dargestellt. Ein wertvoller Überblick über die Entwicklung des Polentums im Osten und das Minderheitenschulwesen beschließt die Arbeit.

*

Verschiedenes.

Der Deutsche Hochschulführer 1931. Herausgegeben vom Deutschen Studentenwerk e. V. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin. Brosch. 0,90 *M.*

Den Abiturienten, die von Ostern ab die Universität oder eine andere Hochschule zu besuchen beabsichtigen, sei dieser Führer durch die Lebens- und Studienverhältnisse der deutschen Hochschulen warm empfohlen. In übersichtlicher Anordnung sind die notwendigen Angaben über Zulassungsbestimmungen, Studienkosten, Stipendienwesen, Studiendauer, Leibesübungen u. a. zusammengestellt. Daran schließen sich eingehende Informationen über die einzelnen Universitäten, Technischen und anderen Hochschulen und Hinweise über die Arbeit an den Pädagogischen Akademien an. Den reichsdeutschen Hochschulen sind diejenigen Österreichs und der Sudetenländer gleichgestellt. Dr. Th.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Ernst Otto Thiele, Berlin-Lichterfelde-West. — Verlag: Deutscher Ostbund E.V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW.68.